

Thadäus R. König

Das Thüringer Parteiensystem

Entstehung, Entwicklung und Struktur seit 1990



Nomos

„Parteien und Wahlen“ – so der Titel der Reihe – sind zentral für die politische Willensbildung. Bei Wahlen entscheiden Bürgerinnen und Bürger darüber, wem sie die politische Führung anvertrauen. Wahl heißt allerdings immer: Herrschaft auf Zeit. Und Wahl heißt auch: Auswahl. Eine repräsentative Demokratie benötigt Parteien als Mittler zwischen der Bevölkerung und der Regierung. Diese dienen der politischen Führungsauslese, wollen politische Verantwortung übernehmen und sollen unterschiedliche Interessen artikulieren. Sie selbst sind dem Postulat der innerparteilichen Demokratie verpflichtet. Bei aller Kritik an ihnen: Eine demokratische Alternative zu ihnen gibt es nicht.

In dieser Reihe sollen Bücher mit einschlägigem Inhalt veröffentlicht werden: Monographien und Sammelbände. Dabei kann es sich um Themen handeln, denen grundlegende oder denen aktuelle Relevanz zukommt. Das Spektrum ist weit gespannt. Es reicht von Wahlanalysen über Studien zum Parteiensystem oder zu einzelnen Parteien. Auch die lange vernachlässigte Koalitionsforschung findet Berücksichtigung. Gleiches gilt für die Parlamentarismus- und die Wahlsystemforschung. Die Herausgeber wollen wichtige Analysen im Umkreis der Themen Parteien und Wahlen einer breiteren Öffentlichkeit vorstellen. Parteienkritik und alternative Partizipationsformen als Herausforderungen für die Parteiendemokratie gehören dazu. Möge dieses Themenspektrum auf Interesse bei einem größeren Leserkreis stoßen: bei interessierten Beobachtern der Politik, bei Multiplikatoren der politischen Bildung und bei der Wissenschaft.

Parteien und Wahlen

herausgegeben von

Prof. Dr. Eckhard Jesse, Technische Universität Chemnitz

Prof. Dr. Roland Sturm, Friedrich-Alexander-Universität

Erlangen-Nürnberg

Band 16

Thadäus R. König

Das Thüringer Parteiensystem

Entstehung, Entwicklung und Struktur seit 1990



Nomos

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Zugl.: Chemnitz, Technische-Univ., Diss., 2017

ISBN 978-3-8487-4650-7 (Print)

ISBN 978-3-8452-8878-9 (ePDF)

1. Auflage 2018

© Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 2018. Gedruckt in Deutschland. Alle Rechte, auch die des Nachdrucks von Auszügen, der fotomechanischen Wiedergabe und der Übersetzung, vorbehalten. Gedruckt auf alterungsbeständigem Papier.

*Gewidmet meinem Sohn
Georg*

Vorwort

Wer das Parteiensystem eines Bundeslandes untersucht, kommt nicht umhin, die Rahmenbedingungen zu berücksichtigen. Das gilt zumal bei der Analyse eines neuen Bundeslandes. Thadäus König geht in seiner Studie über das thüringische Parteiensystem zu Recht auf die Rolle der Parteien in der DDR ein. Er vernachlässigt auch nicht den Ausgang der Bundestagswahlen in Thüringen sowie eines Vergleichs zu anderen neuen Bundesländern.

Die Problemstellung in der umfassenden Dissertation lautet: „Überwiegen in der Entwicklung des Thüringer Parteiensystems Aspekte des Wandels oder der Kontinuität“. An diese Leitfrage schließen sich Unterfragen an: u. a. zu Elementen des Wandels und der Kontinuität, zu Zäsuren, zu Besonderheiten des thüringischen Parteiensystems und Wahlverhaltens. Die Einleitung erfüllt alle Kriterien, die an eine Parteiensystemanalyse zu stellen sind.

Das zweite Kapitel handelt Struktur, Entwicklung und Analyse von Parteiensystemen ab. Der Autor legt dabei ein Raster von Oskar Niedermayer zugrunde, das die Parteienseiteneigenschaften operationalisierbar untersucht (Format, Fragmentierung, Asymmetrie, Volatilität, Polarisierung, Segmentierung und Legitimität). Bei der Frage nach Wandel bezieht sich König auf die Klassifikation von Gordon Smith (temporäre Fluktuation, beschränkter Wandel, genereller Wandel, Transformation), die freilich nicht ganz so exakt ist wie die Typologie Niedermayers. Für die „Entwicklung“ wird das Modell zur Cleavage-Theorie von Seymour M. Lipset und Stein Rokkan erörtert.

Im einführenden Kapitel über die Transformation des „DDR-Parteiensystems“ in Thüringen schildert König in Anlehnung an Oskar Niedermayer und Richard Stöss die Ausgangslage, die Formierung der Oppositionsbewegung, deren Ausdifferenzierung die Angleichung zwischen Ost und West sowie die Vereinigung der Parteien. Ihm gelingt es gut, die Proportion zwischen der Entwicklung in der gesamten DDR und in Thüringen zu wahren. Ferner verdeutlicht er überzeugend den Beginn der mitunter chaotischen Geschichte des Thüringer Parteiensystems. Dadurch ist seine intensive Vertrautheit mit der komplexen Materie erkennbar.

Die Kapitel 4 bis 9, die den Kern der Studie bilden, analysieren die ersten Legislaturperioden. Die etwa gleichlangen Kapitel sind analog aufgebaut. Dem ersten Unterkapitel zur Landtagswahl, untergliedert jeweils nach Ausgangslage, Wahlkampf, Wahlergebnis und Wahlanalyse, Regierungsbildung und Oppositionsformierung folgt ein Unterkapitel zu den Europa-, Bundestags- und Kommunalwahlen sowie eines zur Strukturanalyse: Es betrifft erstens Format, Fragmentierung und Asymmetrie, zweitens Volatilität, drittens Polarisierung und Segmentierung. Diese Systematik ist beeindruckend. So kann der Leser die Erkenntnisse gut nachvollziehen.

Um exemplarisch nur ein Kapitel – das achte – herauszugreifen, die fünfte Legislaturperiode von 2009 bis 2014. Detailliert wird die Ausgangslage vor der Landtagswahl 2009 geschildert, etwa die personellen Kalamitäten nach der Kabinettsumbildung durch den Ministerpräsidenten Dieter Althaus. Während Marion Walsmann, von 1986 bis 1990 als CDU-Abgeordnete in der Volkskammer tätig, die Kritik an ihr überstand, musste Peter Krause von seinem Amt als Kultusminister aufgrund heftiger öffentlicher Kritik zurücktreten. Er hatte im deutlich konservativ ausgerichteten Blättern wie der „Jungen Freiheit“ publiziert. Der Wahlkampf wird vornehmlich anhand der Regionalpresse nachgezeichnet. Fallen Wahlergebnis und Wahlanalyse knapp aus, kommen Oppositionsformierung und Koalitionsstabilität eingehend zur Sprache, etwa die Turbulenzen nach dem Rücktritt von Althaus. Die Nominierung von Christine Lieberknecht erleichterte der SPD die Entscheidung, eine Koalition mit der CDU zu schmieden und die Partei Die Linke von der Regierung fernzuhalten.

Die Frage, ob das Thüringer Parteiensystem ein Prototyp oder ein Sonderfall der neuen Länder ist, geschieht vor allem anhand des Vergleichs der Parteisystemeigenschaften – bezogen auf die elektorale und die governementale Dimension. Thadäus König schreibt (zu Recht): „Es gibt weder einen Prototyp noch einen Sonderfall unter den ostdeutschen Ländern. Vielmehr gibt es je nach betrachteter Parteisystemeigenschaft immer Länder, die sich eher am Durchschnitt bewegen und andere, die stärker von diesem abweichen. Die Schwierigkeit besteht darin, dass es nicht immer dieselben Länder sind, die vom Durchschnitt abweichen bzw. ihm entsprechen. Aus diesem Grund ist es geboten, eher von Tendenzen in Richtung Prototyp oder Sonderfall zu sprechen“. Nur in puncto Polarisierung nimmt Thüringen eine Sonderrolle ein: zum einen durch den ersten Ministerpräsidenten aus den Reihen der Partei Die Linke; zum anderen durch das Fehlen einer rechtsextremistischen Partei in jedem Landtag.

Der Autor führt die Erfolge der CDU im Freistaat u. a. auf den Zentrum-Peripherie-Konflikt (die Thüringer fühlten sich gegenüber dem Norden und der „Hauptstadt der DDR“ benachteiligt), auf das hohe Maß an landsmannschaftlicher Identität sowie auf die lange Landesgrenze zur Bundesrepublik Deutschland, ferner auf die Zusammensetzung der Bevölkerung mit einem relativ hohen Anteil an Katholiken. Zäsuren im Parteiensystem sieht Thadäus König mit der zweiten Landtagswahl 1994 (Entstehung eines Dreiparteiensystems), mit der Bundestagswahl 1998 (besseres Abschneiden der SPD als der CDU), mit der Landtagswahl 2009 (durch das schlechteste Ergebnis der CDU und durch den Einzug der Grünen wie der Liberalen in das Landesparlament) und schließlich mit der Landtagswahl 2014: Diese Zäsur bezieht sich nicht auf die elektorale, sondern auf die gouvernementale Ebene (mit der Übernahme des Ministerpräsidentenamtes durch die Partei Die Linke). Der Wandel des Parteiensystems in Thüringen nahm keine krassen Formen an, da die drei Hauptparteien CDU, Die Linke (zuvor PDS und Linkspartei) und die SPD sich zu behaupten wussten, wobei dies für die Sozialdemokratie nur mit Einschränkungen gilt.

Die Studie ist materialreich, sorgfältig gearbeitet und anschaulich geschrieben (mit zahlreichen Tabellen und Abbildungen). Wer über das Parteiensystem Thüringen forschen will, kommt nicht umhin, sie heranzuziehen. Dem Autor ist eine kundige Arbeit gelungen, die durch Faktenreichtum besticht.

Eckhard Jesse und Roland Sturm

Danksagung

Die vorliegende Monografie ist die leicht überarbeitete Fassung meiner im Jahr 2017 an der Technischen Universität Chemnitz eingereichten Dissertation und Ergebnis meiner langjährigen Forschung über die Entstehung und Entwicklung des Thüringer Parteiensystems. Ein solch umfangreiches Werk allein und ohne Unterstützung zu verfassen, ist unmöglich. Aus diesem Grund möchte ich all jenen danken, die mich in den vergangenen Jahren unterstützt, motiviert und gefördert haben.

An erster Stelle gilt mein außerordentlicher Dank meinem Doktorvater Prof. em. Dr. Eckhard Jesse, der frühzeitig mein Interesse am Thüringer Parteiensystem gefördert hat und mich als thüringischen Eichsfelder darin bestärkte, über das Parteiensystem meines Heimatbundeslandes zu promovieren. Seine Betreuung und Unterstützung ging weit über das normale Maß hinaus. Trotz einiger schwieriger Situationen verstand er es, mich immer wieder zu motivieren und aufzubauen. Seine Geduld und Nachsicht sowie sein Engagement für seine Doktoranden bewundere ich sehr.

Danken möchte ich auch meinem Zweitgutachter Prof. Dr. Torsten Oppelland und dem Doktorandenkreis von Prof. Jesse, der meine Arbeit von Anfang bis Ende mit konstruktiven Anmerkungen und wissenschaftlichem Diskurs bereicherte. Ebenso gilt mein Dank der Hanns-Seidel-Stiftung für die finanzielle und ideelle Förderung im Rahmen des Promotionskollegs „Politik und Parteienentwicklung in Europa“.

Ganz besonders bedanken möchte ich mich bei meinen Eltern Ute und Friedhelm, die großen Anteil an der für mich aufreibenden Zeit nahmen. Ich bin ihnen unendlich dankbar dafür, dass sie mir meinen bisherigen Lebensweg ermöglichten. Sie haben mir in jeder Phase meines Lebens den Rücken gestärkt und mir gelehrt, selbstbewusst an die eigenen Ziele zu glauben. Meiner Schwester Dorothea und meinem Bruder Franz-Xaver danke ich ebenfalls für ihre hilfreiche Unterstützung.

Zum Schluss möchte ich in inniger Verbundenheit meiner lieben Ehefrau Franziska Danke sagen. Ohne ihr Verständnis, ihre Fürsprache und Unterstützung wäre die Fertigstellung dieser Arbeit nicht möglich gewesen. Unserem geliebten Sohn Georg widme ich dieses Buch.

Heilbad Heiligenstadt, im Dezember 2017

Thadäus R. König

Inhaltsverzeichnis

Abbildungsverzeichnis	17
Tabellenverzeichnis	19
Abkürzungsverzeichnis	23
1 Einleitung	25
1.1 Untersuchungsgegenstand	25
1.2 Problemstellung	31
1.3 Forschungsstand	32
1.4 Aufbau und Methodik	38
2 Struktur, Entwicklung und Analyse von Parteiensystemen	41
2.1 Struktur	41
2.1.1 Parteiensysteme	41
2.1.2 Parteien	42
2.1.3 Parteiensystemeigenschaften und Typologien	46
2.2 Entwicklung	56
2.2.1 Entstehung	56
2.2.2 Stabilität und Wandel	59
2.3 Analyse	64
2.3.1 Analyseprofil	64
2.3.2 Analyseraster	66
3 Die Transformation des DDR-Parteiensystems in Thüringen	81
3.1 Ausgangslage: Parteien im politischen System der DDR	81
3.2 Bipolarisierung: Formierung der Oppositionsbewegung	86
3.3 Ausdifferenzierung: Emanzipation und Neugründungen	109
3.3.1 Ausdifferenzierung der Oppositionsbewegung	109

3.3.2	Parteiengründungen ohne direkte Verankerung in der Oppositionsbewegung	115
3.3.3	Emanzipation der ehemaligen Blockparteien und Reform der SED	117
3.4	Angleichung: Freie Wahlen und Intensivierung der Ost-West-Kooperation	122
3.4.1	Volkskammerwahl vom 18. März 1990	122
3.4.2	Kommunalwahlen vom 6. Mai 1990	140
3.4.3	Entwicklungen im Schlagschatten der Volks- und Kommunalwahlen	147
3.5	Vereinigung: Vorwegnahme der staatlichen Einheit	154
4	Erste Legislaturperiode (1990–1994)	165
4.1	Wahl zum Thüringer Landtag vom 14. Oktober 1990	165
4.1.1	Ausgangslage	165
4.1.2	Wahlkampf	168
4.1.3	Wahlergebnis und Wahlanalyse	174
4.1.4	Regierungsbildung und Oppositionsformierung	177
4.2	Bundestagswahl vom 2. Dezember 1990	201
4.3	Strukturanalyse	206
4.3.1	Format, Fragmentierung und Asymmetrie	206
4.3.2	Volatilität	209
4.3.3	Polarisierung und Segmentierung	212
5	Zweite Legislaturperiode (1994–1999)	215
5.1	Wahl zum Thüringer Landtag vom 16. Oktober 1994	215
5.1.1	Ausgangslage	215
5.1.2	Wahlkampf	221
5.1.3	Wahlergebnis und Wahlanalyse	228
5.1.4	Regierungsbildung, Oppositionsformierung und Koalitionsstabilität	236
5.2	Europa-, Bundestags- und Kommunalwahlen	249
5.3	Strukturanalyse	254
5.3.1	Format, Fragmentierung und Asymmetrie	254
5.3.2	Volatilität	258

5.3.3	Polarisierung und Segmentierung	260
6	Dritte Legislaturperiode (1999–2004)	263
6.1	Wahl zum Thüringer Landtag vom 12. September 1999	263
6.1.1	Ausgangslage	263
6.1.2	Wahlkampf	271
6.1.3	Wahlergebnis und Wahlanalyse	278
6.1.4	Regierungsbildung und Oppositionsformierung	284
6.2	Europa-, Bundestags- und Kommunalwahlen	288
6.3	Strukturanalyse	294
6.3.1	Format, Fragmentierung und Asymmetrie	294
6.3.2	Volatilität	296
6.3.3	Polarisierung und Segmentierung	297
7	Vierte Legislaturperiode (2004–2009)	301
7.1	Wahl zum Thüringer Landtag vom 13. Juni 2004	301
7.1.1	Ausgangslage	301
7.1.2	Wahlkampf	311
7.1.3	Wahlergebnis und Wahlanalyse	325
7.1.4	Regierungsbildung und Oppositionsformierung	332
7.2	Europa-, Bundestags- und Kommunalwahlen	337
7.3	Strukturanalyse	341
7.3.1	Format, Fragmentierung und Asymmetrie	341
7.3.2	Volatilität	343
7.3.3	Polarisierung und Segmentierung	345
8	Fünfte Legislaturperiode (2009–2014)	349
8.1	Wahl zum Thüringer Landtag vom 30. August 2009	349
8.1.1	Ausgangslage	349
8.1.2	Wahlkampf	363
8.1.3	Wahlergebnis und Wahlanalyse	371
8.1.4	Regierungsbildung, Oppositionsformierung und Koalitionsstabilität	376
8.2	Europa-, Bundestags- und Kommunalwahlen	386

Inhaltsverzeichnis

8.3	Strukturanalyse	389
8.3.1	Format, Fragmentierung und Asymmetrie	389
8.3.2	Volatilität	393
8.3.3	Polarisierung und Segmentierung	394
9	Sechste Legislaturperiode (seit 2014)	397
9.1	Wahl zum Thüringer Landtag vom 14. September 2014	397
9.1.1	Ausgangslage	397
9.1.2	Wahlkampf	411
9.1.3	Wahlergebnis und Wahlanalyse	423
9.1.4	Regierungsbildung und Oppositionsformierung	430
9.2	Strukturanalyse	438
9.2.1	Format, Fragmentierung und Asymmetrie	438
9.2.2	Volatilität	439
9.2.3	Polarisierung und Segmentierung	441
10	Das Thüringer Parteiensystem: Prototyp oder Sonderfall der neuen Länder?	443
11	Schlussbetrachtung	457
11.1	Zusammenfassung	457
11.2	Bestandsaufnahme und Ausblick	478
	Quellenverzeichnis	491
	Literaturverzeichnis	519

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 11-1:	Format	465
Abbildung 11-2:	Fragmentierung	466
Abbildung 11-3:	Asymmetrie 1. u. 2. Partei	467
Abbildung 11-4:	Asymmetrie 1. u. 3. Partei	468
Abbildung 11-5:	Volatilität	469
Abbildung 11-6:	Asymmetrie Block	470
Abbildung 11-7:	Polarisierung	471
Abbildung 11-8:	Segmentierung	473
Abbildung 11-9:	Klassifikation nach Smith	474
Abbildung 11-10:	Bundestagswahlen in Thüringen 1990–2013	479

Tabellenverzeichnis

Tabelle 3-1:	Wahlergebnis der Volkskammerwahl vom 18. März 1990 (Zweitstimmen in Prozent)	136
Tabelle 3-2:	Kommunalwahlen vom 6. Mai 1990 in Thüringen (Stimmenanteil in Prozent)	144
Tabelle 4-1:	Vergleich der Landtags- und Volkskammerwahl 1990	174
Tabelle 4-2:	Zweitstimmenergebnis der Bundestagswahl vom 02.12.1990	202
Tabelle 4-3:	Elektorales und parlamentarisches Format 1990	206
Tabelle 4-4:	Fragmentierung 1990	207
Tabelle 4-5:	Landtagswahl 1990 und Volkskammerwahl 1990 in Thüringen, Parteianteile Zweitstimmen	209
Tabelle 4-6:	Landtagswahl 1990 und Bundestagswahl 1990 in Thüringen, Parteienanteile Zweitstimmen	211
Tabelle 4-7:	Positionierung der im Landtag vertretenen Parteien auf der jeweiligen Politikdimension	212
Tabelle 5-1:	Thüringer Landtagswahlen 1994 und 1990	228
Tabelle 5-2:	Wahlergebnisse der Europawahl 1994 und der Landtagswahl 1994 in Thüringen in Prozent der gültigen Zweitstimmen	250
Tabelle 5-3:	Wahlergebnisse der Landtags- und der Bundestagswahl 1994 in Thüringen in Prozent der gültigen Zweitstimmen	252
Tabelle 5-4:	Wahlergebnisse der Bundestagswahlen 1994 und 1998 in Thüringen in Prozent der gültigen Zweitstimmen	254
Tabelle 5-5:	Wahlergebnisse der Landtagswahlen 1994 und 1990 in Thüringen, Prozent der gültigen Zweitstimmen	258

Tabellenverzeichnis

Tabelle 5–6: Positionierung der im Landtag vertretenen Parteien auf der jeweiligen Politikdimension	261
Tabelle 6–1: Thüringer Landtagswahlen 1999 und 1994	278
Tabelle 6–2: Wahlergebnisse der Europawahl 1999 und 1994 in Thüringen in Prozent der gültigen Zweitstimmen	289
Tabelle 6–3: Wahlergebnisse der Europawahl 1999 und der Landtagswahl 1999 in Thüringen in Prozent der gültigen Zweitstimmen	290
Tabelle 6–4: Wahlergebnisse der Bundestagswahlen 1998 und 2002 in Thüringen in Prozent der gültigen Zweitstimmen	293
Tabelle 6–5: Wahlergebnisse der Landtagswahlen 1999 und 1994 in Thüringen, Prozent der gültigen Zweitstimmen	296
Tabelle 6–6: Positionierung der im Landtag vertretenen Parteien auf der jeweiligen Politikdimension	298
Tabelle 7–1: Thüringer Landtagswahlen 2004 und 1999	326
Tabelle 7–2: Wahlergebnisse der Europawahl 2004 und der Landtagswahl 2004 in Thüringen in Prozent der gültigen Zweitstimmen	338
Tabelle 7–3: Wahlergebnisse der Landtagswahl 2004 und der Bundestagswahl 2002 in Thüringen in Prozent der gültigen Zweitstimmen	339
Tabelle 7–4: Wahlergebnisse der Bundestagswahlen 2002 und 2005 in Thüringen in Prozent der gültigen Zweitstimmen	340
Tabelle 7–5: Wahlergebnisse der Landtagswahlen 2004 und 1999 in Thüringen, Prozent der gültigen Zweitstimmen	344
Tabelle 8–1: Thüringer Landtagswahlen 2009 und 2004	372
Tabelle 8–2: Wahlergebnisse der Europawahl 2009 und der Landtagswahl 2009 in Thüringen in Prozent der gültigen Zweitstimmen	387

Tabelle 8–3: Wahlergebnisse der Landtagswahl 2009 und der Bundestagswahl 2009 in Thüringen in Prozent der gültigen Zweitstimmen	388
Tabelle 8–4: Wahlergebnisse der Bundestagswahlen 2005 und 2009 in Thüringen in Prozent der gültigen Zweitstimmen	389
Tabelle 8–5: Elektorales Format	390
Tabelle 8–6: Parlamentarisches Format	391
Tabelle 8–7: Wahlergebnisse der Landtagswahlen 2009 und 2004 in Thüringen, Prozent der gültigen Zweitstimmen	393
Tabelle 9–1: Thüringer Landtagswahlen 2014 und 2009	424
Tabelle 9–2: Wahlergebnisse der Landtagswahl 2014 und der Landtagswahl 2009 in Thüringen in Prozent der gültigen Zweitstimmen	440
Tabelle 10–1: Format der ostdeutschen Parteiensysteme 1990–2014	446
Tabelle 10–2: Fragmentierung der ostdeutschen Parteiensysteme 1990–2014	447
Tabelle 10–3: Volatilität der ostdeutschen Parteiensysteme 1990–2014 (in Prozent)	449
Tabelle 10–4: Zweitstimmenanteil Rechtsaußenparteien (in Prozent)	450
Tabelle 10–5: Koalitionswechsel in den ostdeutschen Bundesländern 1990–2014	453
Tabelle 11–1: Zweitstimmenanteil Rechts- und Linksaußenparteien seit 1990 (Prozent)	472
Tabelle 11–2: Landtags- und Bundestagswahlergebnisse 1990–2013 (in absoluten Stimmenanzahlen und Prozent)	481

Abkürzungsverzeichnis

APD	Arbeiter-Arbeiterinnen Partei Deutschland
AfD	Alternative für Deutschland
AJL	Alternative Jugendliste
AKSK	Arbeitskreis Solidarische Kirche
AVL	Aktionsbündnis Vereinigte Linke
B90	Bündnis 90
B90/Gr	Bündnis 90/Die Grünen
BB	Brandenburg
BFD	Bund Freier Demokraten
BSU	Bürgerliche Soziale Union
BTW	Bundestagswahl
BüSo	Bürgerrechtsbewegung Solidarität
CDU	Christlich Demokratische Union Deutschlands
CM	Christliche Mitte
CSPD	Christlich-Soziale Partei Deutschlands
CSU	Christlich-Soziale Union
DA	Demokratischer Aufbruch
DBD	Demokratische Bauernpartei Deutschlands
DBU	Deutsche Biertrinker Union
DDR	Deutsche Demokratische Republik
DFD	Demokratischer Frauenbund Deutschlands
DFP	Deutsche Forum Partei
Dj	Demokratie jetzt
DVU	Deutsche Volksunion
DSU	Deutsche Soziale Union
FDGB	Freier Deutscher Gewerkschaftsbund
FDJ	Freie Deutsche Jugend
FDP	Freie Demokratische Partei
FPT	Forum Partei Thüringen
Fr. Wähler	Freie Wähler
GP	Grüne Partei

Abkürzungsverzeichnis

HP	Humanistische Partei
IFM	Initiative für Frieden und Menschenrechte
KPD	Kommunistische Partei Deutschlands
LDP(D)	Liberal-Demokratische Partei (Deutschlands)
LL/PDS	Linke Liste/Partei des Demokratischen Sozialismus
LTW	Landtagswahl
MfS	Ministerium für Staatssicherheit
NDPD	National-Demokratische Partei Deutschlands
NPD	Nationaldemokratische Partei Deutschlands
MfS	Ministerium für Staatssicherheit
MLPD	Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands
MV	Mecklenburg-Vorpommern
NF	Neues Forum
ODAD	Ost-Deutsche Alternative für Deutschland
ÖDP	Ökologisch-Demokratische Partei
PASS	Partei der Arbeitswilligen und Sozial Schwachen – Antidiskriminierungsverband
PBC	Partei Bibeltreuer Christen
PDS	Partei des Demokratischen Sozialismus
Pro DM	Initiative Pro D-Mark – neue liberale Partei
REP	Republikaner
SA	Sachsen-Anhalt
SBZ	Sowjetische Besatzungszone
Schill	Partei Rechtsstaatlicher Offensive
SDP	Sozialdemokratische Partei in der DDR
SED	Sozialistische Einheitspartei Deutschlands
SN	Sachsen
SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands
TH	Thüringen
ULDPD	Unabhängige Liberale Demokratische Partei Deutschlands
UFV	Unabhängiger Frauenverband
VdGB	Vereinigung der gegenseitigen Bauernhilfe
VIBT	Volksinteressenbund Thüringen
VL	Vereinigte Linke
ZK	Zentralkomitee der SED

1 Einleitung

1.1 Untersuchungsgegenstand

Das von der ersten frei gewählten Volkskammer am 22. Juli 1990 mit großer Mehrheit beschlossene Ländereinführungsgesetz¹ besiegelte die Geschichte der zentralistischen Einheitsstaatlichkeit in der Deutschen Demokratischen Republik. 38 Jahre nach der Auflösung der Länder zugunsten von 14 Bezirken legte es den Grundstein für die Wiederbegründung von Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen-Anhalt, Sachsen und Thüringen. Die Fortschreibung des Ländereinführungsgesetzes im Einigungsvertrag sah die Reföderalisierung der DDR für den Tag der Deutschen Einheit vor. Am 3. Oktober 1990 endete mit dem Beitritt der DDR zum Geltungsbereich des Grundgesetzes nach Artikel 23 somit nicht nur die Teilung Deutschlands, sondern auch die politisch-administrative Bedeutungslosigkeit der 1952 per Verwaltungsreform aufgelösten Länder. Die staatliche Existenz Thüringens, das sich territorial seit 1990 aus den ehemaligen Bezirken Erfurt, Gera und Suhl sowie den Kreisen Artern, Schmölln und Altenburg zusammensetzt, erlebte damit eine Renaissance, die viele Thüringerinnen und Thüringer bereits während der friedlichen Revolution 1989/90 durch das symbolische Schwenken von rot-weißen Fahnen gefordert hatten.² Trotz nahezu 40 Jahre andauernder Einheitsstaatlichkeit hatte das landsmannschaftliche Identitätsgefühl der Thüringer überlebt, welches zur sinnstiftenden Triebfeder der staatlichen Wiederge-

1 Verfassungsgesetz zur Bildung von Ländern in der Deutschen Demokratischen Republik – Ländereinführungsgesetz (Gesetzblatt der DDR Teil I Nr. 51, S. 955).

2 In den Kreisen Artern und Schmölln hatte sich eine Mehrheit der Bevölkerung für eine Landeszugehörigkeit zu Thüringen entschieden. Die Kreistage beider Kreise entsprachen dem Willen ihrer Bevölkerung und stellten einen Antrag auf Eingliederung in das Land Thüringen. Anders verlief der Prozess im Kreis Altenburg. Hier hatte eine knappe Mehrheit der Bevölkerung für einen Verbleib in Sachsen gestimmt. Der Kreistag von Altenburg entschied sich allerdings gegen das konsultative Votum der Bevölkerung und für eine Zugehörigkeit des Kreises Altenburg zu Thüringen. Vgl. Rommelfanger, Ulrich, Das Werden des Freistaates Thüringen, in: Schmitt, Karl (Hrsg.), Thüringen. Eine politische Landeskunde, Weimar/Köln/Wien 1996, S. 20–36, hier S. 21f.

burt Thüringens avancierte. In seiner ersten Regierungserklärung am 15. November 1990 ging der eine Woche zuvor zum Ministerpräsidenten gewählte Josef Duhač auf dieses kollektive Bewusstsein der Thüringer ein: *„Das gemeinsame Geschichts- und Heimatbewußtsein der Menschen zwischen Thüringer Wald im Süden und Harz im Norden, zwischen Werra im Westen und Mulde im Osten hat sich stärker erwiesen, als alle historischen und politischen Spaltungen und Teilungen. Dieses Bewußtsein wird uns helfen, die demokratischen Traditionen Thüringens bei unserem Neuanfang einzubringen. Thüringen ist nicht mehr Grenz- und Randgebiet. Wir sind gleichsam über Nacht in die Mitte Deutschlands und Europas gerückt.“*³

Ermöglicht wurden die deutsche Vereinigung und die Wiedererrichtung der Länder durch die friedliche Revolution der Jahre 1989/90. Diese führte nicht nur den staatsrechtlichen Untergang der DDR herbei, sondern sorgte auch für einen demokratischen Umbruch des politischen Systems. Das Parteiensystem der DDR, welches durch die hegemoniale Stellung der SED geprägt war, veränderte sich ebenfalls grundlegend. Innerhalb weniger Monate transformierte es von einem nichtkompetitiven Hegemonialsystem zu einem demokratisch-pluralistischen System. Verließ die Entwicklung in den Bezirken zu Beginn des Transformationsprozesses weitestgehend parallel, änderte sich dieser Umstand mit der ersten und einzigen freien Volkskammerwahl der DDR am 18. März 1990, die den Ursprung und das Fundament der ostdeutschen Landesparteiensysteme bildete. Mit ihr endeten die binnengesteuerte Transformation und die Pluralisierung des DDR-Parteiensystems. Dies lag einerseits an der wachsenden Einflussnahme westdeutscher Parteien auf die Prozesse in den DDR-Parteien und andererseits an der konzentrierenden Wirkung des Wahlmarathons aus Volkskammer-, Kommunal-, Landtags- und Bundestagswahlen im Jahr 1990. Die permanente Funktionslogik aus Wahlkampf Vorbereitung und -führung entwickelte sich zum entscheidenden Kriterium für die Leistungsfähigkeit einer Partei. Parteien, die nur über geringe organisatorische Kapazitäten verfügten oder schwache Wahlergebnisse erzielten, waren in dieser besonderen Situation gezwungen, entweder mit einer größeren Partei zu fusionieren oder den Gang in die Bedeutungslosigkeit anzu-

3 Thüringer Landtag, Plenarprotokoll 1/5 vom 15. November 1990, abgebildet unter: <http://www.parldok.thueringen.de/ParlDok/dokument/4206/5-plenarsitzung.pdf> am 13.05.2013.

treten.⁴ Das Ergebnis der Volkskammerwahl stellte alle Prognosen auf den Kopf. Nicht die favorisierte SPD wurde stärkste politische Kraft, sondern mit großem Abstand die Allianz für Deutschland (Allianz) aus CDU, Deutscher Sozialer Union (DSU) und dem Demokratischen Aufbruch (DA). Der Allianz war es gelungen, die wahlentscheidenden Fragen nach Tempo sowie Modalitäten der Vereinigung am überzeugendsten zu beantworten. In Thüringen erzielte sie mit 60,2 Prozent ihr bestes Ergebnis, was vor allem am hohen CDU-Stimmenanteil von 53 Prozent lag. Die SPD blieb weit hinter ihren Erwartungen zurück und erreichte in ihrem einstigen Stammland nur 17,4 Prozent. Für die PDS endete die Volkskammerwahl in Thüringen mit ihrem DDR-weit schlechtesten Ergebnis von 11,2 Prozent. Der Bund Freier Demokraten (BFD) erzielte 4,6 Prozent und das Bündnis 90 sowie die Listenverbindung Grüne Partei/Unabhängiger Frauenverband kamen zusammen auf 4,1 Prozent.

Die mit der Volkskammerwahl zutage getretenen Kräfteverhältnisse änderten sich im Wahlzyklus 1990 nur geringfügig, weshalb die erste Thüringer Landtagswahl vom 14. Oktober 1990 ähnliche Kräfteverhältnisse zwischen den Parteien zutagebrachte. Aus ihr ging ein Fünfparteiensystem mit einer hegemonialen CDU (45,4 Prozent), einer mittelgroßen SPD (22,8 Prozent) und den drei Kleinparteien bzw. Listenverbindungen Linke Liste/PDS (9,7 Prozent), FDP (9,3 Prozent) und Neues Forum/Grüne/Demokratie Jetzt (6,5 Prozent) hervor. Die erste Thüringer Landesregierung stellten – zunächst unter Führung von Ministerpräsident Josef Duchač und ab 1992 unter Bernhard Vogel – CDU und FDP. Als erste Wahl auf Landesebene bildet die Landtagswahl vom 14. Oktober 1990 die eigentliche Geburtsstunde des Thüringer Parteiensystems. Für dessen zukünftige Entwicklung stellte sie die Weichen und läutete eine neue Phase der parlamentarischen Demokratie ein.

25 Jahre nach der friedlichen Revolution und 24 Jahre nach der ersten Landtagswahl waren die Thüringerinnen und Thüringer am 14. September 2014 bereits zum sechsten Mal aufgefordert, einen neuen Landtag zu wählen. Mit dem Wahlergebnis und den anschließenden Koalitionsverhandlungen kam es zu einer Regierungskoalition aus den Parteien Die Linke, SPD und Bündnis 90/ Die Grünen. Die CDU, die wiederum stärkste Partei geworden war und bis dahin seit 1990 ununterbrochen den Minis-

4 Vgl. Patzelt, Werner J./ Algasinger, Karin, Das Parteiensystem Sachsens, in: Nierdmayer, Oskar (Hrsg.), Intermediäre Strukturen in Ostdeutschland, Opladen 1996a, S. 237–262, hier S. 240.

terpräsidenten gestellt hatte, verlor sowohl ihre Regierungsverantwortung als auch das Amt des Ministerpräsidenten, welches deutschlandweit erstmals mit Bodo Ramelow ein Politiker der Partei Die Linke übernahm. Aus der Perspektive des Jahres 1990 hätte wohl niemand mit diesem Wahlausgang gerechnet, denn die PDS, deren Rechtsnachfolgerin die Partei Die Linke ist, war aufgrund ihrer SED-Vergangenheit im ersten Thüringer Landtag politisch isoliert.

Die gesamtgesellschaftlichen Rahmenbedingungen Thüringens haben sich in den vergangenen 25 Jahren grundlegend verändert. Der Freistaat Thüringen, der nach Verabschiedung der Thüringer Landesverfassung im Jahr 1993 diese amtliche Bezeichnung führt, ist heute im föderativen System der Bundesrepublik Deutschland etabliert. Der Transformationsprozess scheint abgeschlossen und die landespolitischen Probleme, mit denen das Land heute kämpft, wie z.B. Haushaltskonsolidierung und demografischer Wandel, ähneln denen der übrigen jungen, aber auch alten Bundesländer. Im Rahmen ihrer Jenaer Rede am 10. Juni 2010, die den Auftakt des Zukunftsdialogs „Thüringen 2020“ der damaligen schwarz-roten Landesregierung bildete, schätzte die von 2009 bis 2014 amtierende Thüringer Ministerpräsidentin, Christine Lieberknecht, die Situation der 2010er Jahre wie folgt ein: *„Wir haben den historischen Transformationsprozess seit 1990 überstanden. Wir werden auch die kommenden Herausforderungen meistern. Was wir brauchen, ist etwas von der Leidenschaft und auch dem Idealismus derjenigen, die den Wiederaufbau nach 1990 mitgetragen haben. Es muss uns gelingen, den Funken auf die „zweite Gründergeneration“ nach den – heute schon fast legendären – Anfangsjahren um 1990 überspringen zu lassen“*.⁵

Wie Thüringen insgesamt, hat sich auch das Thüringer Parteiensystem seit 1990 immer wieder gewandelt, wobei der Wandel bis zur Landtagswahl 2014 stärker auf der parlamentarischen als auf der gouvernementalen Ebene stattfand. 24 Jahre hat die CDU das Parteiensystem dominiert und ununterbrochen den Ministerpräsidenten bzw. die Ministerpräsidentin gestellt. Nach dem Rücktritt Josef Duchačs 1992 und der Wahl des ehemaligen Ministerpräsidenten von Rheinland-Pfalz, Bernhard Vogel, zum Thüringer Ministerpräsidenten, führte dieser den Freistaat bis zum Jahr 2003.

5 Rede der Ministerpräsidentin des Freistaates Thüringen Christina Lieberknecht zum Tag der Politikwissenschaft der Friedrich-Schiller-Universität Jena am Donnerstag, 10. Juni 2010, in den Rosensälen der FSU Jena, abgebildet unter: <<http://www.thueringen.de/th1/tsk/tsk/ministerpraesidentin/reden/47815/>> am 15.02.2014.

Ihm folgte Dieter Althaus, der im Nachgang des schlechten CDU-Wahlergebnisses von 31,2 Prozent bei der 5. Thüringer Landtagswahl vom 30. August 2009 durch Christine Lieberknecht abgelöst wurde. Dass die Union fünf Legislaturperioden ununterbrochen Regierungsverantwortung trug, lag nicht allein an ihrer politischen Stärke, sondern auch an der SPD. Die Sozialdemokraten hatten sich sowohl 1994 als auch 2009, trotz einer parlamentarischen Mehrheit für ein rot-rotes Regierungsbündnis, für eine Koalition mit der CDU entschieden. Erst 2014, als eine Regierungsmehrheit gegen die CDU nur in einer Dreier-Koalition aus der Linken, SPD und Bündnis 90/Die Grünen gebildet werden konnte, wechselten die Sozialdemokraten ihre Koalitionspräferenz und wählten als Juniorpartner einen Ministerpräsidenten der Partei Die Linke.

Auf der parlamentarischen Ebene lässt sich die Entwicklung des Thüringer Parteiensystems am deutlichsten mittels der Betrachtung des Formats nachvollziehen. Beginnend mit dem Scheitern von FDP und Bündnis 90/ Die Grünen an der Fünfprozentsperrklausel bei der zweiten Thüringer Landtagswahl 1994 entstand ein Dreiparteiensystem, das sich über 15 Jahre verfestigte und erst 2009 durch den Wiedereinzug von FDP und Bündnis 90/Die Grünen in den Thüringer Landtag in ein Fünfparteiensystem übergang. Dieses besteht auch nach der Landtagswahl 2014 fort, wenngleich mit der FDP eine etablierte Partei den Wiedereinzug verpasste und mit der Alternative für Deutschland (AfD) erstmals seit 1990 eine Parteienegründung im Landtag vertreten ist. Das hohe Maß an parlamentarischer Kontinuität über einen derart langen Zeitraum, gerade in der Zeit von 1994 bis 2009, weist keines der anderen jungen Bundesländer auf. Dies ist als Indikator für die Stabilität des Thüringer Parteiensystems zu werten.

Die Größenverhältnisse der Parteien veränderten sich seit der ersten Landtagswahl merklich. Während die CDU ihre Spitzenposition, ihr Vorsprung vor der zweitstärksten Partei ist allerdings mittlerweile stark geschmolzen, bei Landtagswahlen behauptete, veränderten sich die Größenverhältnisse von SPD und PDS deutlich. Nachdem die PDS die SPD bei der Landtagswahl 1999 erstmals in der Wählergunst überflügeln konnte, bewahrte sie auch bei den Landtagswahlen 2004, 2009 und 2014 ihre Position hinter der Union. Diese Verschiebungen in der Wählerpräferenz besaßen allerdings zunächst keinen Einfluss auf die Regierungsbildung, da es der CDU sowohl 1999 mit Bernhard Vogel als auch 2004 mit Dieter Althaus gelang, eine absolute Mehrheit zu erringen. 2009 wirkte sich der Stimmengewinn der Linken sogar negativ auf die eigenen Ambitionen zur Regierungsbildung aus, denn die SPD sah in der Juniorpartnerschaft zur

Linken und der Wahl eines linken Ministerpräsidenten ein entscheidendes Hemmnis zur Koalitionsbildung. Erst 2014 fügte sich die SPD gemeinsam mit den Grünen in die Rolle des Juniorpartners und trat in ein rot-rot-grünes Regierungsbündnis ein.

Die Kontinuität von 24 Jahren Regierungsverantwortung der CDU auf Landesebene vor dem Machtwechsel 2014 steht in Divergenz zu den Wahlergebnissen auf Bundes- und Kommunalebene, die mehrmals einen rechnerisch möglichen Regierungswechsel aufzeigten. Besonders deutlich wird dies an den Bundestagswahlen 1998, 2002 und 2005 mit der SPD als stärkster Partei. Bei der Bundestagswahl 2005 fiel die im Land regierende CDU mit 25,7 Prozent sogar hinter die Linkspartei zurück. Sie wurde nur drittstärkste Kraft. Erst bei der Bundestagswahl 2009 konnte die Thüringer Union ihre Spitzenposition zurückgewinnen, um sie vier Jahre später bei der Bundestagswahl 2013 weiter auszubauen.

Die Entwicklung der Union auf kommunaler Ebene ist hingegen weiter degressiv. Stellte sie 1990 – mit Ausnahme der kreisfreien Stadt Jena – alle Oberbürgermeister und Landräte, so besitzen seit den kleinen Kommunalwahlen 2012 bloß neun bzw. – nach dem Parteiaustritt der Sonneberger Landrätin, Christine Zitzmann, im Jahr 2013⁶ – sogar nur noch acht der insgesamt 17 Thüringer Landräte ein CDU-Parteibuch. Einen Oberbürgermeister in den kreisfreien Städten stellt die Union bereits seit 2006 nicht mehr. Im gleichen Zeitraum nahm die Zahl von Landräten und Oberbürgermeistern der SPD- oder Linkspartei kontinuierlich zu. Sie profitierten verstärkt ab 2006 von gemeinsamen Bündnissen und Wahlabsprachen, die bereits einen möglichen Regierungswechsel auf Landesebene andeuteten. Auch in den kreisangehörigen Städten und Gemeinden verschlechterte sich die Position der Union, jedoch nur in wenigen Fällen zugunsten einer anderen Partei. Die CDU besitzt auch heute noch mehr Bürgermeister, Stadt- und Gemeinderäte als alle anderen Parteien zusammen. Vielmehr ist

6 Die Sonneberger Landrätin, Christine Zitzmann, von 2006 bis 2008 stellvertretende Landesvorsitzende der CDU Thüringen, trat am 12.04.2013 aus der CDU aus. Als Gründe für den Austritt galten Unzufriedenheit mit der Höhe der kommunalen Finanzzuweisungen des Landes, die Ergebnisse des von der Landesregierung in Auftrag gegebenen Expertengutachtens für eine Funktional- und Gebietsreform und innerparteiliche Streitigkeiten im CDU-Kreisverband Sonneberg. Vgl. Kellermann, Eike, Sonneberger Landrätin wirft CDU-Parteibuch hin, abgebildet unter: <http://www.insuedthueringen.de/lokal/sonneberg_neuhaus/sonneberg/Sonneberger-Landraetin-wirft-CDUParteibuch-hin;art83453,2494519> am 18.06.2013.

auf kommunaler Ebene ein immer größer werdender Trend in Richtung parteiloser Mandatsträger zu beobachten.⁷

1.2 Problemstellung

Durch eine systematische Strukturanalyse wird mit dieser Arbeit ein differenzierter Überblick über die Entwicklung des Thüringer Parteiensystems seit 1990 gegeben. Die Dissertation setzt an dem bestehenden Forschungsdefizit für regionale und lokale Parteiensysteme in den neuen Bundesländern – insbesondere im Bereich systematischer Strukturanalysen – an. Der Untersuchungszeitraum erstreckt sich von der Formierung oppositioneller Kräfte gegen das Machtmonopol der SED zu Beginn der friedlichen Revolution im Jahr 1989 bis zur Landtagswahl vom 14. September 2014 und der anschließenden Regierungsbildung sowie der weiteren Entwicklung bis 2016.

Ein Parteiensystem ist gekennzeichnet durch seine Elemente, d.h. die einzelnen Parteien, und das zwischen diesen Elementen bzw. ihren Eigenschaften existierende Beziehungsgeflecht. Aus diesem Grund ist es für eine Analyse der Parteiensystemebene unerlässlich, nicht nur die Entstehung und Entwicklung einzelner Parteien aufzuzeigen, sondern auch die Dimensionen des Beziehungsgeflechts, die sogenannten Parteiensystemeigenschaften, zu betrachten.⁸ Mittels einer komparativ-statischen Strukturanalyse empirisch-quantitativer Parteiensystemeigenschaften, wie z.B. Format, Fragmentierung, Asymmetrie sowie Volatilität und ihrer Einordnung in einen qualitativen Kontext, besteht so die Möglichkeit, in der Entwicklung von Parteiensystemen zwischen Phasen der Kontinuität und des Wandels zu unterscheiden.

Vor diesem Hintergrund lässt sich die Problemstellung der Arbeit durch folgende Leitfrage formulieren: Überwiegen in der Entwicklung des Thüringer Parteiensystems Aspekte des Wandels oder der Kontinuität? Um diese Frage hinreichend beantworten zu können, ergeben sich folgende Unterfragen: Welche Elemente des Wandels, welche der Stabilität prägen

7 Vgl. Schmitt, Karl/ Oppelland, Torsten (Hrsg.), Parteien in Thüringen. Ein Handbuch, Düsseldorf 2008.

8 Vgl. Niedermayer, Oskar/ Stöss, Richard (Hrsg.), Das gesamtdeutsche Parteiensystem, in: Gabriel, Oscar W./ Niedermayer, Oskar/ Stöss, Richard (Hrsg.), Opladen 1997, Parteiendemokratie in Deutschland, S. 84–105, hier S. 106.

das Parteiensystem? Gibt es gravierende Zäsuren in der Entwicklung? Existieren Thüringer Besonderheiten im Vergleich zu den Parteiensystemen der anderen neuen Länder? Lassen sich hinreichend sicher Prognosen für die Zukunft treffen? Ein spezielles Augenmerk und der Schwerpunkt bei der Beantwortung dieser Fragen liegt auf der Betrachtung der Landtagswahlen.

Die Strukturanalyse des Parteiensystems wirft weitere Unterfragen auf: Inwieweit hat sich das Thüringer Parteiensystem bezogen auf die Strukturelemente Format, Fragmentierung, Asymmetrie, Volatilität und Polarisierung verändert? Warum schafften es rechtsextreme Parteien bisher nicht, in den Thüringer Landtag einzuziehen? Gibt es regionale Besonderheiten in der Wählerschaft? Weshalb bestand von 1998 bis 2005 eine große Diskrepanz zwischen Landtags- und Bundestagswahlergebnissen?

Auch die Betrachtung der parlamentarischen Ebene wirft Fragen auf: Lässt sich eine konstante Segmentierung des Thüringer Parteiensystems feststellen oder gab es Veränderungen in der Koalitionsfähigkeit der Parteien untereinander? Kann trotz des Verlustes der Regierungsverantwortung nach 24 Jahren von einer CDU-Hegemonie gesprochen werden? Warum lehnte die SPD sowohl 1994 als auch 2009 ein Regierungsbündnis mit der PDS bzw. der Linken ab und warum trat sie 2014 gemeinsam mit den Grünen als Juniorpartner in eine Koalition mit der Linken ein? Wie kam es dazu, dass in Thüringen der erste Ministerpräsident der Partei Die Linke in die Staatskanzlei einzog?

Der Schwerpunkt der oben skizzierten Betrachtungen liegt auf den seit 1990 ununterbrochen im Landtag vertretenen Parteien CDU, SPD und PDS. Dies heißt wiederum nicht, dass andere Parteien wie z.B. FDP, Bündnis 90/Die Grünen oder die AfD keine Berücksichtigung finden. Vielmehr werden sie in die Betrachtung einbezogen, wenn sie parlamentarische Relevanz erreichten und Einfluss auf die Entwicklung des Thüringer Parteiensystems nahmen.

1.3 Forschungsstand

Mit der Wiedervereinigung eröffneten sich für die Parteienforschung mit Blick auf die Darstellung des gesamtdeutschen Parteiensystems und der politischen Entwicklung in den jungen Bundesländern neue Betätigungs-

felder.⁹ Stärker als mit diesem Bereich befasst sich die Parteienforschung mit der Entwicklung des DDR-Parteiensystems während des demokratischen Umbruchs.¹⁰ Eine konzise Übersicht über den Transformationsprozess des DDR-Parteiensystems geben z.B. Oskar Niedermayer und Richard Stöss in dem Aufsatz „DDR-Regimewandel, Bürgerorientierungen und die Entwicklung des gesamtdeutschen Parteiensystems“.¹¹

In der Parteienforschung, welche mannigfaltige Literatur zum deutschen Parteiensystem hervorgebracht hat, fällt eine starke Hinwendung zur Bundesebene auf. Sie steht – trotz weitreichender und vielfältiger Forschung über den bundesstaatlichen Aufbau der deutschen Parteiorganisationen und des deutschen Parteiensystems – weiterhin im Zentrum der deutschen Parteiensoziologie. Die Parteien und Parteiensysteme der deutschen Bundesländer gehören hingegen noch immer zu den weniger berücksichtigten Bereichen der Parteienforschung. Gerade weil eine stärkere Regionalisierung der Parteiensysteme durch das unterschiedliche Wahlverhalten in alten und neuen Bundesländern eingesetzt hat und weil die Kongruenz zwischen den Parteiensystemen des Bundes sowie der Länder

9 Vgl. Mintzel, Alf/ Oberreuter, Heinrich (Hrsg.), *Parteien in der Bundesrepublik Deutschland*, Bonn 1992; Niedermayer, Oskar, *Das gesamtdeutsche Parteiensystem*, in: Gabriel, Oscar W./ Niedermayer, Oskar/ Stöss, Richard (Hrsg.) *Opladen 1997, Parteidemokratie in Deutschland*, S. 84–105; Klein, Markus/ Jagodzinski, Wolfgang/ Mochmann, Ekkehard/ Ohr, Dieter (Hrsg.), *50 Jahre Empirische Wahlforschung in Deutschland. Entwicklung, Befunde, Perspektiven, Daten*, Wiesbaden 2000; Jun, Uwe/ Hass, Melanie/ Niedermayer, Oskar (Hrsg.), *Parteien und Parteiensysteme in den deutschen Ländern*, Wiesbaden 2008 Decker, Frank, *Parteien und Parteiensysteme*, Stuttgart 2011; Niedermayer, Oskar, *Die Entwicklung des bundesdeutschen Parteiensystems*, in: Decker, Frank/ Neu, Viola (Hrsg.), *Handbuch der deutschen Parteien*, 2. Auflage Wiesbaden 2013, Niedermayer, Oskar (Hrsg.), *Handbuch der Parteienforschung*, Wiesbaden 2013.

10 Vgl. Ammer, Thomas, *Die Parteien in der DDR und in den Neuen Bundesländern*, in: Mintzel/ Oberreuter (Hrsg.), *Parteien in Deutschland*, 1992, S. 421–481; vgl. etwa Volkens, Andrea/ Klingemann, Hans-Dieter, *Die Entwicklung der deutschen Parteien im Prozess der Vereinigung*, in: Jesse, Eckhard/ Mitter, Armin (Hrsg.), *Die Gestaltung der deutschen Einheit. Geschichte – Politik – Gesellschaft*, Bonn 1992; Lapp, Peter Joachim, *Ausverkauf. Das Ende der Blockparteien*, Berlin 1998.

11 Vgl. Niedermayer, Oskar/ Stöss, Richard, *DDR-Regimewandel, Bürgerorientierungen und die Entwicklung des gesamtdeutschen Parteiensystems*, in: dies. (Hrsg.), *Parteien und Wähler im Umbruch. Parteiensystem und Wählerverhalten in der ehemaligen DDR und den neuen Bundesländern*, Opladen 1994, S. 11–33.

rückläufig ist, ist dies ein gravierendes Manko.¹² Oskar Niedermayer und Richard Stöss registrieren in dem von ihnen herausgegebenen Sammelband „Stand und Perspektiven der Parteienforschung“ sogar ein Forschungsdefizit für Parteien auf regionaler und lokaler Ebene.¹³ Dieser Umstand hat sich in den vergangenen zwei Jahrzehnten – insbesondere für die alten Bundesländer – geändert,¹⁴ doch Desiderate bestehen weiterhin. So ist es wenig verwunderlich, dass Melanie Haas, Uwe Jun und Oskar Niedermayer in ihrem Sammelband „Parteien und Parteiensysteme der deutschen Länder“ aus dem Jahr 2008 nach wie vor von einer wissenschaftlichen Vernachlässigung der Parteien und Parteiensysteme auf Länderebene sprechen.¹⁵ Oskar Niedermayer attestiert aufgrund einiger Neuerscheinungen¹⁶ im von ihm im Jahr 2013 herausgegebenen „Handbuch

12 Vgl. Jun, Uwe/ Haas, Melanie/ Niedermayer, Oskar, Die Parteien und Parteiensysteme der Bundesländer – Eine Einführung, in: Jun, Uwe/ Haas, Melanie/ Niedermayer, Oskar (Hrsg.), Parteien und Parteiensysteme in den deutschen Ländern, Wiesbaden 2008, S. 9–38, hier S. 9.

13 Vgl. Niedermayer, Oskar/ Stöss, Richard (Hrsg.), Stand und Perspektiven der Parteienforschung in Deutschland, Opladen 1993.

14 Vgl. Alemann, Ulrich von, Parteien und Wahlen in Nordrhein-Westfalen, Köln 1985; Berg-Schlosser, Dirk, Parteien und Wahlen in Hessen 1946–1994, Marburg 1994; Schmidt, Ute, Sieben Jahre nach der Einheit. Die ostdeutsche Parteienlandschaft im Vorfeld der Bundestagswahl 1998, in: APuZ B 1–2/98, S. 37–53; Galonska, Andreas, Landesparteiensysteme im Föderalismus. Rheinland-Pfalz und Hessen 1945–1946, Wiesbaden 1999; Schmid, Josef/ Zolleis, Udo (Hrsg.), Wahlkampf im Südwesten. Parteien, Kampagnen und Landtagswahlen 2006 in Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz, Baden-Baden 2006; Demuth, Christian/ Lempp, Jakob (Hrsg.), Parteien in Sachsen, Dresden 2006; Schneider, Herbert/ Wehling, Hans-Georg (Hrsg.), Landespolitik in Deutschland, Grundlagen – Strukturen – Arbeitsfelder, Wiesbaden 2006; Junge, Christian/ Lempp, Jakob (Hrsg.), Parteien in Berlin, Berlin 2007; Leunig, Sven, Die Regierungssysteme der deutschen Länder, Wiesbaden 2007; Schröder, Wolfgang (Hrsg.), Parteien und Parteiensystem in Hessen, Wiesbaden 2008.

15 Vgl. Jun/ Haas/ Niedermayer (2008), Parteien und Parteiensysteme, S. 9.

16 Vgl. Völkl, Kerstin u.a. (Hrsg.), Wähler und Landtagswahlen in der Bundesrepublik Deutschland, Baden-Baden 2008; Kost, Andreas/ Rellecke, Werner/ Weber, Reinhold (Hrsg.), Parteien in den Deutschen Ländern. Geschichte und Gegenwart, München 2010; Schniewind, Aline, Die Parteiensysteme der Bundesländer im Vergleich. Bestandsaufnahme und Entwicklungen, Berlin 2012; Kirch, Daniel, Sonderpolitikzone Saarland: die Entwicklung des Parteiensystems von 1985 bis 2009, Marburg 2012.

Parteienforschung“ eine Verbesserung der Situation, widerspricht aber der acht Jahre zuvor getroffenen Einschätzung nicht.¹⁷

Besonders betroffen von der Vernachlässigung der Parteien und Parteiensysteme auf Länderebene – obwohl auch hier eine Verbesserung stattgefunden hat – sind die Parteiensysteme der neuen Bundesländer. Sie werden meist nur im Nachgang von Landtagswahlen betrachtet. Zu nennen sind hier die regelmäßig in der Zeitschrift für Parlamentsfragen publizierten Landtagswahlanalysen, u.a. von Oskar Niedermayer für Brandenburg, Eckhard Jesse für Sachsen, Everhard Holtmann für Sachsen-Anhalt, Nikolaus Werz sowie Jochen Schmidt für Mecklenburg-Vorpommern und Karl Schmitt sowie Torsten Oppeland für Thüringen.¹⁸ Eine der wenigen Ausnahmen eines umfassenden Werkes bildet die 2006 erschienene Dissertation von Ulrich Brümmer über das sächsische Parteiensystem. Anhand der Landtagswahlen stellt er durch eine systematische Parteiensystemanalyse Kontinuität und Wandel des sächsischen Parteiensystems von 1990

17 Vgl. Niedermayer, Oskar, Die Parteiensysteme der Bundesländer, in: ders. (Hrsg.), Handbuch der Parteienforschung, Wiesbaden 2013.

18 Vgl. Niedermayer, Oskar, Die brandenburgische Landtagswahl vom 14. September 2004: Reaktionen der Wähler auf Hartz IV, ZParl 36 (2005), S. 64–80; Niedermayer, Oskar, Die brandenburgische Landtagswahl vom 27. September 2009: Die Landes-SPD trotz dem Bundestrend, in: ZParl 42 (2011), S. 745–764; Niedermayer, Oskar: Die brandenburgische Landtagswahl vom 14. September 2014: Die Linke wird abgestraft, bleibt aber Regierungspartei, in: ZParl 46 (2015), S. 21–38; Jesse, Eckhard, Die Landtagswahl in Sachsen vom 19. September 1999. Triumphe Bestätigung der CDU, in: ZParl 31 (2000), S. 69–85; Jesse, Eckhard, Die sächsische Landtagswahl vom 14. September 2004. Debakel für CDU und SPD gleichermaßen, in: ZParl 36 (2005), S. 21–38; Jesse, Eckhard, Die sächsische Landtagswahl vom 30. August 2009: Sachsens Vorreiterrolle für den Bund, in: ZParl 41 (2010), S. 322–339; Jesse, Eckhard, Die Sächsische Landtagswahl vom 31. August 2014: Zäsur für das Parteiensystem nach der zweiten nicht großen „Großen Koalition“, in: ZParl 46 (2015), S. 3–20; Holtmann, Everhard, Die sachsen-anhaltische Landtagswahl vom 21. April 2002: Bürgervotum gegen das Tolerierungsbündnis von SPD und PDS, in: ZParl 34 (2003), S. 41–60; Holtmann, Everhard/ Völkl, Kerstin, Die sachsen-anhaltische Landtagswahl vom 13. März 2016: Eingetrübte Grundstimmung, umgeschichtete Machtverhältnisse, in: ZParl 47 (2016), S. 541–561; Werz, Nikolaus/ Schmidt, Jochen, Die mecklenburg-vorpommersche Landtagswahl vom 27.09.1998. Weichenstellungen zur rot-roten Koalition, in: ZParl 30 (1999), S. 97–116; Die mecklenburg-vorpommersche Landtagswahl vom 22. September 2002: Bestätigung der rot-roten Koalition mit Gewinnern und Verlierern, in: ZParl 34 (2003), S. 60–79.

bis 2004 dar.¹⁹ Zusätzlich unterscheidet sich Brümmers systematische Analyse grundlegend von den Arbeiten anderer Autoren, wie z.B. der Publikation „Parteien in Sachsen“ von Christian Demuth und Jakob Lempp. Deren Fokus liegt auf den einzelnen Parteien, die in einen institutionellen, zeitgeschichtlichen sowie kulturellen Kontext eingeordnet werden. Das politische System Sachsens betrachten Eckhard Jesse, Thomas Schubert und Tom Thieme unter der Fragestellung, ob ein spezifisch „sächsischer Weg“ existiert im Band Politik in Sachsen.²⁰ Weiterhin gehört die 2016 publizierte Dissertation über die Entwicklung des Parteiensystems Sachsen-Anhalts von Roger Stöcker zu den wenigen Ausnahmen – ähnlich der Arbeit Brümmers – einer ganzheitlichen Betrachtung eines ostdeutschen Parteiensystems.²¹

Bezogen auf das Thüringer Parteiensystem hat sich die Literaturlage in den vergangenen Jahren ebenfalls verbessert. Dazu haben insbesondere die Jenaer Politikwissenschaftler Karl Schmitt und Torsten Oppeland mit mehreren Publikationen beigetragen. Zum Kern der Literatur über Wahlen, Parteien und das Parteiensystem in Thüringen gehören die Analysen zu den Thüringer Landtagswahlen 1994, 1999 und 2004 von Karl Schmitt²², die Analyse der fünften Thüringer Landtagswahl 2009 von Heiko Gothe²³, sowie die Analyse der sechsten Landtagswahl 2014 durch Torsten Oppel-

19 Vgl. Brümmer, Ulrich H., Parteiensystem und Wahlen in Sachsen. Kontinuität und Wandel von 1990 – 2005 unter besonderer Berücksichtigung der Landtagswahlen, Wiesbaden 2006.

20 Vgl. Jesse, Eckhard/ Schubert, Thomas/ Thieme, Tom, Politik in Sachsen, Wiesbaden 2014.

21 Vgl. Stöcker, Roger, Das Parteiensystem Sachsen-Anhalts. Eine Analyse der Ursachen seiner Entwicklung hin zur Stabilität, Wiesbaden 2016.

22 Vgl. Schmitt, Karl, Die Landtagswahlen 1994 im Osten Deutschlands. Früchte des Föderalismus: Personalisierung und Regionalisierung, in: ZParl 27 (1995), S. 261–295; Schmitt, Karl, Die Landtagswahlen von Brandenburg und Thüringen vom 5. und 12. September 1999. Verlust und Gewinn der absoluten Mehrheit: Landespolitische Entscheidungen im Schlagschatten der Bundespolitik, in: ZParl 31 (2000), S. 43–68; Schmitt, Karl, Die Landtagswahl in Thüringen vom 13. Juni 2004: Glückliche Bestätigung eines gelungenen Stabwechsels, in: ZParl 37 (2006), S. 126–144.

23 Vgl. Gothe, Heiko, Die thüringische Landtagswahl vom 30. August 2009: Desaster für Althaus CDU mündet in schwarz-rottem Bündnis, in: ZParl 41 (2010), S. 304–322.

land²⁴, die Betrachtung des Thüringer Parteiensystems von Andreas Hallermann im Sammelband „Parteien und Parteiensysteme der deutschen Länder“²⁵, der Artikel „Die politischen Parteien“ von Markus Kiefer im Band „Thüringen. Eine politische Landeskunde“ aus dem Jahr 1996²⁶, die von Karl Schmitt verfasste Überarbeitung des Artikels „Die politischen Parteien“ in der zweiten Auflage des Bandes „Thüringen. Eine politische Landeskunde“ 2011²⁷, die Studie „Entwicklungen im Thüringer Parteiensystem seit 1990“ von Karl Schmitt und Torsten Oppelland²⁸ sowie die im Auftrag der Landeszentrale für politische Bildung Thüringen – ebenfalls von Schmitt und Oppelland erstellte – Veröffentlichung „Politische Parteien in Thüringen 1990–2011“²⁹. In der Reihe Schriften zur Geschichte des Parlamentarismus in Thüringen erschien ein Band mit dem Titel „Ein Vierteljahrhundert parlamentarische Demokratie. Der Thüringer Landtag 1990–2014“³⁰, in dem u. a. Martin Wieczorek die Wahlen zum Thüringer Landtag betrachtet³¹ und Torsten Oppelland sowie Hendrik Träger eine Leistungsbilanz des Landesparlaments vornehmen.³²

24 Vgl. Oppelland, Torsten, Die thüringische Landtagswahl vom 14. September 2014: Startschuss zum Experiment einer rot-rot-grünen Koalition unter linker Führung, in: ZParl 46 (2015), S. 39–56.

25 Vgl. Hallermann, Andreas, Das Parteiensystem Thüringens, in: Jun/ Haas/ Niedermayer 2008, Parteien und Parteiensysteme in den deutschen Ländern, S. 453–468.

26 Vgl. Kiefer, Markus, Die politischen Parteien, in: Schmitt, Karl (Hrsg.), Thüringen. Eine politische Landeskunde, Weimar/ Köln/ Wien 1996, S. 37–67.

27 Vgl. Schmitt, Karl, Die politischen Parteien, in: ders. (Hrsg.), Thüringen. Eine politische Landeskunde, Baden-Baden 2011, S. 78–110.

28 Vgl. Schmitt, Karl/ Oppelland, Torsten, Entwicklungen im Thüringer Parteiensystem seit 1990, in: Thüringer Landtag (Hrsg.), Der Thüringer Landtag und seine Abgeordneten 1990–2005. Studien zu 15 Jahren Landesparlamentarismus, Erfurt 2005, S. 69–88.

29 Vgl. Schmitt, Karl/ Oppelland, Torsten (Hrsg.), Politische Parteien in Thüringen 1990–2011, Erfurt 2011.

30 Vgl. Thüringer Landtag (Hrsg.), Ein Vierteljahrhundert parlamentarische Demokratie. Der Thüringer Landtag 1990–2014, Weimar 2015.

31 Vgl. Wieczorek, Martin, Wahlen zum Thüringer Landtag, in: Thüringer Landtag (Hrsg.), Ein Vierteljahrhundert parlamentarische Demokratie. Der Thüringer Landtag 1990–2014, Weimar 2015, S. 15–35.

32 Vgl. Oppelland, Torsten/ Träger, Hendrik, Vom Gesetzgeber zum Kontrollorgan? Funktionen und Leistungsbilanz des Landesparlaments, in: Ein Vierteljahrhundert parlamentarische Demokratie. Der Thüringer Landtag 1990–2014, Weimar 2015, S. 36–67.

Die erste umfassende Betrachtung der Thüringer Parteien und des Parteiensystems erschien im Dezember 2008 mit dem von Karl Schmitt und Torsten Oppelland herausgegebenen Handbuch „Parteien in Thüringen. Ein Handbuch“.³³ Den inhaltlichen Schwerpunkt des Handbuches bilden, nachdem ein Beitrag die Formierungsphase des Thüringer Parteiensystems behandelt, monographische Kapitel unterschiedlicher Autoren zu den einzelnen Parteien in Thüringen im Untersuchungszeitraum von 1989 bis 2008. Alle Kapitel folgen dem gleichen Schema, indem zunächst die historische Entwicklung der jeweiligen Partei aufgezeigt wird und anschließend Programme und Strategie, Parteiorganisation, Mitgliederstruktur Wahlen und Wähler sowie die Vernetzung im vorpolitischen Raum dargestellt werden. Eine ausführliche, systematische Strukturanalyse, die auf Kontinuität und Wandel des Thüringer Parteiensystems eingeht, bietet allerdings auch das Handbuch „Parteien in Thüringen“ nicht. Diese fehlt bisher für das Thüringer Parteiensystem.

1.4 Aufbau und Methodik

Den methodischen Schwerpunkt der Arbeit bildet die Analyse von Parteiensystemen, die Elmar Wiesendahl folgendermaßen beschreibt: *„Parteiensystemanalyse befaßt sich mit der Gesamtheit aller relevanten Parteien eines oder mehrerer Länder, wobei die Frage nach der spezifischen „Art und Weise ihrer Koexistenz“ [...], ihrer „Relation zueinander“ [...] bzw. ihren „regelmäßigen Interaktionen“ [...] den Untersuchungsrahmen absteckt. Ihr Ziel ist es, Konzepte zur (komparativen) Beschreibung, Unterscheidung und Klassifizierung von Parteiensystemen unterschiedlichster Formgebung hinsichtlich ihrer Struktur und Funktionsweise zu entwickeln und die Bedingungen für ihre Genese, Verfestigung, Transformation und Krise sowie die von ihnen herrührenden Einflüsse und Auswirkungen auf Politik und Gesellschaft zu erforschen.“*³⁴

Es gibt drei Formen der Parteiensystemanalysen: Strukturanalysen, Systemumwelt- oder Kontextanalysen und Funktionsanalysen.³⁵ Strukturanalysen besitzen nicht nur im Hinblick auf ihre Verbreitung, sondern auch

33 Vgl. dies. (Hrsg.), Parteien in Thüringen. Ein Handbuch, Düsseldorf 2008.

34 Wiesendahl, Elmar, Art. Parteiensystem, in: Nohlen, Dieter (Hrsg.) 1989, Pipers Wörterbuch zur Politik, S. 666–671, hier S. 666f.

35 Vgl. ebd., S. 667.

auf den Untersuchungsgegenstand dieser Arbeit die größte Relevanz. Nach Elmar Wiesendahl liefern sie „*Morphologische Momentaufnahmen des zwischenparteilichen Beziehungsgefüges anhand solcher Merkmale wie Anzahl, Größe, Machtverteilung, Standort und strategische Konstellation der Parteien zueinander, was nicht ausschließt, in dynamischer Hinsicht die Veränderungen dieser Merkmale für sich oder in Relation zueinander in Zeitablauf zu untersuchen und womöglich strukturell zu erklären.*“³⁶

Grundlage einer solchen Strukturanalyse sind die Parteienseiteneigenschaften, die das Beziehungsgeflecht zwischen den Parteien determinieren. Mit ihrer Hilfe werden Aussagen über die Struktur und Funktionsweise von Parteiensystemen getroffen, um deren Herausbildung, ihren Wandel und Einfluss auf die Gesellschaft zu erforschen. In Kapitel 0 wird aus diesem Grund ein brauchbares und operationalisierbares Analyseraster in Anlehnung an Oskar Niedermayer³⁷ erstellt, welches in den Kapiteln vier bis acht der Strukturanalyse des Thüringer Parteiensystems dient.

Neben der Erstellung eines Analyserasters dient das zweite Kapitel zunächst der theoretischen Betrachtung der Struktur und Entwicklung von Parteiensystemen. Des Weiteren wird geklärt, wann sich ein Parteiensystem wandelt und wie das Ausmaß des Wandels gemessen werden kann.

Das dritte Kapitel stellt den Verlauf der Transformation des DDR-Parteiensystems von einem nichtkompetitiven Hegemonialsystem zu einem demokratisch-pluralistischen System in den Bezirken Erfurt, Gera und Suhl sowie später im neu gegründeten Land Thüringen dar. Um dem Transformationsprozess des Thüringer Parteiensystems eine Struktur zu geben und ihn mit den parallel auf der DDR-Ebene ablaufenden Prozessen – von denen es nicht losgelöst betrachtet werden kann – vergleichbar zu machen, findet für das dritte Kapitel das Phasenschema (Bipolarisierung, Ausdifferenzierung, Angleichung, Vereinigung) von Oskar Niedermayer und Richard Stöss Anwendung.³⁸

36 Ebd., S. 667.

37 Vgl. Niedermayer, Oskar, Zur systematischen Analyse der Entwicklung von Parteiensystemen, in: Gabriel, Oscar W./ Falter, Jürgen W., Wahlen und politische Einstellungen in westlichen Demokratien, Frankfurt a. M. 1996, S. 19–49.

38 Vgl. Niedermayer, Oskar/ Stöss, Richard, DDR-Regimewandel, Bürgerorientierungen und die Entwicklung des gesamtdeutschen Parteiensystems, in: dies. (Hrsg.), Parteien und Wähler im Umbruch. Parteiensystem und Wählerverhalten in der ehemaligen DDR und den neuen Bundesländern, Opladen 1994, S. 11–33, hier S. 12–27.

Die Kapitel vier bis neun bilden den Kern der Arbeit, indem sie – unterteilt in die Legislaturperioden des Thüringer Landtages – die Entwicklung des Thüringer Parteiensystems seit 1990 unter besonderer Berücksichtigung der Landtagswahlen abbilden. Alle Kapitel folgen der gleichen Systematik, um einen direkten Vergleich zu ermöglichen: Zunächst werden – mit Blick auf die jeweilige Landtagswahl – Ausgangslage, Wahlkampf, Wahlergebnis, Regierungsbildung und Oppositionsformierung betrachtet. Um die Landtagswahl besser in den Kontext der Legislaturperiode einordnen zu können, werden die Europa-, Bundestags- und Kommunalwahlen im Anschluss dargestellt. Abschließend dient das in Kapitel zwei erstellte Analyseraster als Grundlage einer Strukturanalyse, die eine Charakterisierung und die Bestimmung der Wandlungsintensität des Thüringer Parteiensystems in der jeweiligen Legislaturperiode ermöglicht.

Im Kapitel zehn steht das Verhältnis des Thüringer Parteiensystems zu den übrigen ostdeutschen Parteiensystemen im Fokus. Eine Einordnung, ob das Thüringer Parteiensystem eher einem Prototyp oder einem Sonderfall entspricht, erfolgt anhand der Durchschnittswerte der Parteiensystem-eigenschaften Format, Fragmentierung, Volatilität, Polarisierung und Regierungsstabilität aller jungen Bundesländer. Werte nahe am Durchschnitt bestimmen einen Prototyp. Bei größeren Abweichungen handelt es sich um einen Sonderfall. Mit der Schlussbetrachtung und einer Bestandsaufnahme sowie dem Ausblick in Kapitel 11 schließt die Arbeit.

2 Struktur, Entwicklung und Analyse von Parteiensystemen

2.1 Struktur

2.1.1 Parteiensysteme

Eine Definition des Begriffes „Parteiensystem“ kann unproblematisch vorgenommen werden, da unter den Parteienforschern überwiegend Einigkeit besteht.³⁹ Für Alf Mintzel beispielsweise konstituiert sich ein Parteiensystem „von der Gesamtheit aller in ihm existierenden Parteien [...] und durch die mannigfaltigen Wechselbeziehungen zwischen den Parteien.“⁴⁰ Nach Giovanni Sartori handelt es sich um: „[...] the system of interactions resulting from inter-party competition“.⁴¹ Paul Pennings und Jan-Erik Lane definieren Parteiensysteme als „structures of party competition and corporation“⁴² und im Wörterbuch zur Politik von Manfred G. Schmidt wird ein Parteiensystem „als die Gesamtheit der in einem politischen Gemeinwesen agierenden Parteien und die Struktur und Dynamik ihrer wechselseitigen Beziehungen“⁴³ bezeichnet. Alan Siaroff wählt folgenden Wortlaut: „A party system is the relationship among the various political parties in a territory, that is, their total number, relative size, competitiveness, and so on. For a party system to exist there must be at least two parties; one party by itself does not interact with any other party.“⁴⁴

Aus den zitierten Ausführungen wird deutlich, was ein Parteiensystem charakterisiert: Zum einen die das System bildenden Parteien (ausdrück-

39 Vgl. Ladner, Andreas, Stabilität und Wandel von Parteien und Parteiensystemen. Eine vergleichende Analyse von Konfliktlinien, Parteien und Parteiensystemen in den Schweizer Kantonen, Wiesbaden 2004, S. 27.

40 Mintzel, Alf, Art. Parteiensystem, in: Holtmann, Everhard (Hrsg.), Politik-Lexikon, 3., völlig neu bearb. Aufl., München/Wien 2000, S. 427–430, hier S. 427.

41 Sartori, Giovanni, Parties and party systems. A framework for analysis, Bd. 1, Cambridge 1976, S. 44.

42 Pennings, Paul/ Lane, Jan-Erik, Introduction, in: Dies. (Hrsg.), Comparing Party System Change, London/New York 1998, S. 1–19, hier S. 5.

43 Schmidt, Manfred G., Art. Parteiensystem, in: Ders. (Hrsg.), Wörterbuch zur Politik, 2., völlig neu bearb. Aufl., Stuttgart 2004, S. 519–520, hier S. 519.

44 Siaroff, Alan, Comparing Political Regimes. A thematic introduction to comparative politics, Toronto 2009, S. 192.

lich im Plural) und zum anderen die zwischen ihnen bestehenden Wechselbeziehungen. Oskar Niedermayer fasst diese Erkenntnis treffend zusammen: „*Ein Parteiensystem lässt sich durch seine Elemente, d.h. die einzelnen Parteien, und das zwischen diesen Elementen existierende Beziehungsgeflecht kennzeichnen.*“⁴⁵ Nachfolgend werden die Begriffe Partei und System erläutert. Was macht das Beziehungsgeflecht zu einem System? Dabei werden Parteienseiteneigenschaften sowie Typologien betrachtet, um dem besseren Verständnis des Terminus Parteiensystem zu dienen.

2.1.2 Parteien

Parteien sind die Elemente eines Parteiensystems und in einer Minimaldefinition die Bezeichnung für „*eine Gruppe gleichgesinnter Bürger, die sich die Durchsetzung gemeinsamer politischer Vorstellungen zum Ziel gesetzt haben.*“⁴⁶ Diese Begriffserklärung ist allerdings wenig aussagekräftig, da sie auch weitere Gruppierungen, wie z.B. Bürgerinitiativen oder Interessenverbände umfasst. Ulrich von Alemann bietet einen präziseren Definitionsversuch⁴⁷: „*Parteien sind auf Dauer angelegte, freiwillige Organisationen, die politische Partizipation für Wähler und Mitglieder anbieten, diese in politischen Einfluss transformieren, indem sie politisches Personal selektieren, was wiederum zur politischen Integration und zur Sozialisation beiträgt und zur Selbstregulation führen kann, um damit die gesamte Legitimation des politischen Systems zu fördern.*“⁴⁸

Im politischen System der Bundesrepublik Deutschland nehmen die politischen Parteien eine zentrale Rolle ein. Ihre Position ist verfassungsrechtlich durch Art. 21 Grundgesetz und gesetzlich durch das Parteiengesetz geregelt. Der für den Untersuchungsgegenstand dieser Arbeit maßgebliche Freistaat Thüringen regelt die zentrale Rolle der Parteien nur mittelbar. Ein vergleichbarer Artikel wie auf Bundesebene fehlt der Landes-

45 Niedermayer (1997), Das gesamtdeutsche Parteiensystem, S. 106.

46 Schultze, Rainer-Olaf, Art. Partei, in: Nohlen, Dieter (Hrsg.), Pipers Wörterbuch zur Politik, Bd. 1, München 1989, S. 656–660, hier S. 656.

47 Über eine anerkannte Begriffsdefinition von „Partei“ besteht in der politikwissenschaftlichen Literatur keine Einigkeit, so dass der Verfasser exemplarisch auf die umfassende Parteidefinition von Ulrich von Alemann zurückgreift.

48 Alemann, Ulrich von, Das Parteiensystem der Bundesrepublik Deutschland, Bonn 2003, S. 11.

verfassung. Lediglich Art. 9 der Thüringer Verfassung erwähnt, dass staatsbürgerliche Mitwirkung insbesondere durch eine „Mitwirkung in Parteien“ erfolgen kann. Für die Stellung der Parteien im Freistaat Thüringen ergeben sich daraus allerdings keine Konsequenzen, da nach allgemeiner Rechtsprechung Bundesrecht in die Landesverfassung hineinwirkt und Art. 21 GG somit im übertragenden Sinn zugleich Bestandteil der Thüringer Verfassung ist.⁴⁹

Nach diesem Artikel wirken die Parteien bei der politischen Willensbildung des Volkes mit, weshalb das Bundesverfassungsgericht ihnen den Rang eines Verfassungsorgans zuspricht.⁵⁰ Das Parteiengesetz verdeutlicht ihre verfassungsrechtliche Stellung, indem es Parteien näher definiert und Bestimmungen über Aufgaben, die innerparteiliche Ordnung und die Finanzen der Parteien enthält. Nach § 1 Abs. 2 PartG wirken die Parteien an der Bildung des politischen Willens des Volkes mit, insbesondere durch Einflussnahme auf die öffentliche Meinung, Anregung und Vertiefung der politischen Bildung, Förderung der aktiven Teilnahme der Bürger am politischen Leben, Heranbildung befähigter Bürger zur Übernahme öffentlicher Verantwortung, Aufstellung von Bewerbern für Wahlen, Einflussnahme auf die politische Entwicklung in Parlament und Regierung, Einführen der von ihnen erarbeiteten Ziele in den Prozess der staatlichen Willensbildung und Sorge um eine lebendige Verbindung zwischen Volk und Staatsorganen.⁵¹ Die Hauptfunktion der Parteien nach Parteiengesetz ist die Beteiligung an staatlichen Wahlen, andere Funktionen werden weniger intensiv bestimmt.⁵² Für eine genauere Funktionsbestimmung bietet die Parteienforschung bessere Ansätze. Hier finden sich zahlreiche Funktionskataloge⁵³, wie zum Beispiel der von Manfred G. Schmidt. Er schreibt den Parteien Funktionen bei der gesellschaftlichen und politischen Zielfindung,

49 Vgl. Huber, Peter M., Thüringer Staats- und Verwaltungsrecht, Stuttgart u.a. 2000, S. 62f.

50 Vgl. BVerfG GE 4, 27, S. 30.

51 Vgl. Gesetz über die politischen Parteien vom 24. Juli 1967, BGBI I, S. 773, Bekanntmachung der Neufassung vom 31.1.1994, BGBI I, S. 149, zuletzt geändert am 22.12.2004, BGBI., S. 3673.

52 Vgl. Tsatsos, Dimitris Th., Die politischen Parteien in der Grundgesetzordnung, in: Gabriel/ Niedermayer/ Stöss (Hrsg.) 1997, Parteiendemokratie in Deutschland, S. 133–157, hier S. 139.

53 Vgl. etwa Wiesendahl, Elmar, Parteien und Demokratie. Eine soziologische Analyse paradigmatischer Ansätze der Parteienforschung, Opladen 1980, S. 188; Stefani, Winfried, Parteien als soziale Organisation. Zur politologischen Parteienana-

Interessenartikulation, -aggregation, politische Sozialisation und Mobilisierung, Elitenrekrutierung, Regierungsbildung bzw. Kontrolle der Regierung und der regierungspolitischen Beeinflussung zu.⁵⁴

Die Vielfalt an Strukturen und Funktionen von Parteien wird in verschiedenen Klassifikationen und Typologien erfasst, die sich durch klassifikatorische Bestimmungskriterien unterscheiden. Als wichtige Klassifikationsansätze gelten die Unterscheidung nach Organisationsstruktur in Honoratioren-, Kader- und Massenintegrationsparteien, nach der Hauptrichtung ihres politischen Strebens in Patronage-, Klassen- und Weltanschauungspartei, nach der Struktur der Anhängerschaft in Standes-, Klassen- und Volksparteien und nach der Zugehörigkeit zu politisch-ideologischen Familien, wie z.B. konservative, liberale, christliche, sozialistische und kommunistische Parteien. Die populäre Unterscheidung in Eliteparteien, Massenparteien, Allerweltparteien und Kartellparteien kombiniert hingegen verschiedene Kriterien wie Organisation, Anhängerschaft und Zielgrößen.⁵⁵

Einen historischen Ansatz zur Entwicklung einzelner Parteitypen bietet Otto Kirchheimer, indem er sie als Ergebnis der Veränderungen im Verhältnis von Parteien und Gesellschaft deutet. Für ihn existierten am Ende des 19. Jahrhunderts zwei verschiedene Parteitypen: die individuellen Repräsentationsparteien des Bürgertums, die eine verhältnismäßig kleine Schicht der Bevölkerung vertraten, und die von der Arbeiterschaft getragenen Massenparteien sozialistischer Prägung.⁵⁶ Nach Ende des Ersten Weltkrieges wandelten sich die Massenparteien, besonders durch die Ausweitung des Wahlrechts, zu konfessions- oder klassenbezogenen Massenintegrationsparteien, die ein bestimmtes sozialmoralisches Milieu⁵⁷ politisch vertraten. Die individuellen Repräsentationsparteien scheiterten hin-

lyse, in ZParl 19 (1988), S. 549–560, hier S. 550; Alemann (2003), Das Parteiensystem der Bundesrepublik Deutschland, S. 212f.; Beyme, Klaus von, Parteien in westlichen Demokratien, München 1984, S. 25.

54 Vgl. Schmidt, Manfred G., Art. Partei, in: Ders. (Hrsg.) (2004), Wörterbuch zur Politik, S. 514–516, hier S. 514.

55 Vgl. ebd., S. 514f.

56 Vgl. Kirchheimer, Otto, Der Wandel des westeuropäischen Parteiensystems, in: Politische Vierteljahresschrift 6 (1965), S. 20–41, hier S. 21f.

57 Der Begriff *Milieu* wird insbesondere von M. Rainer Lepsius genutzt. Für ihn ist Milieu die Bezeichnung für soziale Einheiten, die durch Koinzidenz mehrerer Strukturdimensionen wie Religion, regionale Tradition, wirtschaftliche Lage, kulturelle Orientierung und schichtspezifische Zusammensetzung der intermediären

gegen bei dem Versuch, sich zu Integrationsparteien weiterzuentwickeln, wodurch ihnen der Zugang zu einer breiteren Basis in der Bevölkerung verwehrt blieb.⁵⁸ Mit dem Ende des Zweiten Weltkrieges⁵⁹ erodierten die traditionellen Milieus und die Massenintegrationsparteien formten sich zu Volksparteien bzw. „catch-all-parties“ oder Allerweltparteien⁶⁰ um. Anders als bei den Massenintegrationsparteien, die versuchten, ein bestimmtes gesellschaftliches Milieu zu erreichen, steht bei dem Konzept der Volkspartei eine Wählerschaft über Milieugrenzen hinweg im Zentrum des Interesses. Um möglichst große Bevölkerungsteile anzusprechen, opfern die Volksparteien tiefere Ansichten einer weiteren Ausstrahlung und einem rascheren Wahlerfolg.⁶¹ Richard S. Katz und Peter Mair übernehmen in ihrem Ansatz weitestgehend die Stadien der Parteientwicklung von Kirchheimer, auch wenn sie neben dem Verhältnis von Partei und Gesellschaft ebenfalls das Verhältnis der Parteien zum Staat als ausschlaggebend für die Entwicklung der Parteitypen ansehen.⁶² Anders als Kirchheimer unterscheiden sie vier Stadien: Fraktions-/ Kaderpartei (19. Jahrhundert), Massenparteien (1880-1960), Catch-all-Parties (seit 1945) und die Kartellpartei (seit 1970).⁶³ Die Kartellpartei stellt eine Weiterentwicklung von Kirchheimers Volkspartei dar, bei der die Partei zum Teil des Staates wird, sich über staatliche Subventionen finanziert, eine zentralisierte Organisationsstruktur besitzt und von professionalisierten Berufspolitikern geleitet wird.⁶⁴ Dieser neue Typ von Partei, von Klaus von Beyme auch „profes-

Gruppen gebildet werden. Die Parteien dienen den sozialmoralischen Milieus als politische Aktionsausschüsse. Vgl. Lepsius, M. Rainer, Parteiensystem und Sozialstruktur. Zum Problem der Demokratisierung der deutschen Gesellschaft, in: Ritter, Gerhard (Hrsg.), Deutsche Parteien vor 1918, Köln 1973, S. 56–80, hier 67f.

58 Vgl. ebd., S. 25f.

59 Für Deutschland gilt das Ende der 1950er Jahre als Ausgangspunkt für die Entwicklung der Volksparteien. Vgl. Beyme, Klaus von, Funktionswandel der Parteien in der Entwicklung von der Massenmitgliederpartei zur Partei der Berufspolitiker, in: Gabriel, Oscar W./ Niedermayer, Oskar/ Stöss, Richard, Parteidemokratie in Deutschland, Opladen 1997, S. 359–383, hier S. 368.

60 Kirchheimer verwendet die Begriffe Allerweltpartei, „catch-all party“ und Volkspartei synonym.

61 Vgl. Kirchheimer (1965), Wandel, S. 27.

62 Vgl. Katz, Richard S./ Mair, Peter, Changing Models of Party Organization and Party Democracy. The Emergence of the Cartel Party, in: Party Politics 1 (1995), S. 5–28, hier S. 6.

63 Vgl. ebd., S. 9ff.

64 Vgl. ebd., S. 19f.

sionalisierte Wählerpartei⁶⁵ genannt, ist eher Teil des Staates, als vermittelnde Instanz zwischen Staat und Gesellschaft.

2.1.3 Parteiensystemeigenschaften und Typologien

Die politische Bedeutung einer Partei ist vom jeweiligen Parteiensystem abhängig. Sie ergibt sich nicht zwingend aus der Existenz oder Größe, sondern aus ihrer Funktion innerhalb der Struktur des Parteiensystems.⁶⁶ Maßgeblich für diese Struktur ist das Beziehungsgeflecht zwischen den Parteien, die das System konstituieren. Es bildet folglich die entscheidende Grundlage zur Bestimmung von bestimmten Parteiensystemen.

Die Erstellung von Klassifikationen und Parteiensystemtypologien erfolgt aufgrund verschiedener Parteiensystemeigenschaften und bietet eine qualitativ-quantitative Analyse an. Ferner können konkrete Parteiensysteme leichter charakterisiert werden. Klassifikationen sind im Vergleich zu Typologien weniger komplex und bilden, basierend auf einem Kriterium, eine Ordnung aus sich gegenseitig ausschließenden Klassen. Typologien fußen hingegen auf mehr als einem Kriterium und können aus verschiedenen Klassen bestehen. Aus diesem Grund sind sie deutlich schwieriger zu operationalisieren.⁶⁷ Die Kriterien für Klassifikationen oder Typologien von Parteiensystemen reichen von der Anzahl der Parteien, über die Kräfteverhältnisse bis zur Richtung des Parteienwettkampfes.⁶⁸

Die ersten Versuche, Parteiensysteme zu klassifizieren, entstanden aus dem rein quantitativen Kriterium der Anzahl der Parteien (Format), die sich im Wettbewerb miteinander befinden. Sie führten, wie etwa bei Maurice Duverger⁶⁹, zu der Einteilung in Einparteien-, Zweiparteien-, und Mehrparteiensysteme⁷⁰, die allerdings nur wenig aussagekräftig war. Eine zu große Zahl an Systemen zählte unterschiedslos zu den Vielparteiensys-

65 Vgl. Beyme, Klaus von, *Parteien im Wandel. Von den Volksparteien zu den professionalisierten Wählerparteien*, Wiesbaden 2000.

66 Vgl. Lepsius, M. Rainer, *Parteiensystem, Wählerbewegung und sozialer Wandel in Westeuropa*, in: Büsch, Otto (Hrsg.), *Wählerbewegung in der Europäischen Geschichte*, Berlin 1980, S. 539–547, hier S. 541.

67 Vgl. Sartori (1976), *Parties and party systems*, S. 125f.

68 Vgl. Ladner (2004), *Stabilität und Wandel*, S. 36.

69 Vgl. Duverger, Maurice, *Die politischen Parteien*, Tübingen 1959. (Übersetzung der französischen Ausgabe von 1951).

70 Synonym wird der Begriff Mehrparteiensystem verwandt.

temen, obwohl sie sich anhand ihrer charakteristischen Interaktionsstruktur stark unterscheiden.⁷¹

Jean Blondel erweiterte die Klassifikation Duvergers, in dem er neben der Anzahl auch die Stärke der Parteien im System (Fragmentierung) miteinbezieht. Aufbauend auf den gemeinsamen Stimmenanteil der beiden größten Parteien und unter Berücksichtigung der Größenverhältnisse zwischen stärkster und zweit- bzw. drittstärkster Partei ermittelte er 1968 vier verschiedene Parteiensystemtypen für die freien Demokratien des Westens:

1. Zweiparteiensysteme, in denen die zwei größten Parteien mehr als 90 Prozent der Stimmen erhalten und annähernd gleich stark sind.
2. Zweieinhalbparteiensysteme, in denen die zwei stärksten Parteien zwischen 75 und 80 Prozent der Stimmen erhalten, der Abstand zwischen stärkster und zweitstärkster Partei ca. 10,5 Prozentpunkte beträgt und neben den zwei großen eine noch sehr viel kleinere Partei existiert.
3. Mehrparteiensysteme mit einer dominanten Partei, die mehr als zwei Fünftel, aber weniger als die Hälfte der Stimmen auf sich vereint und in der Regel doppelt so groß wie die zweitstärkste Partei ist.
4. Mehrparteiensysteme ohne dominante Partei, in denen keine Partei mehr als 40 Prozent der Stimmen erhält, drei oder vier Parteien annähernd gleich positioniert sind und dadurch die gleichen Chancen haben, Koalitionen zu bilden.⁷²

Joseph LaPalombara und Myron Weiner weichen mit ihrer Typologie entscheidend von den zuvor beschriebenen ab.⁷³ Sie stellen keine quantitativen Kriterien wie Format oder Fragmentierung in den Vordergrund, sondern beschränken sich auf die qualitativen Kriterien Wettbewerbssituation (competitive vs. non-competitive), Chance für einen Machtwechsel (hegemonic vs. turnover) und interne Orientierung der Parteien (ideological vs. pragmatic). Im Bereich der competitive systems unterscheiden LaPalom-

71 Vgl. Wiesendahl (1989), Parteiensystem, S. 667.

72 Vgl. Blondel, Jean, Party Systems and Patterns of Government in Western Democracies, in: Canadian Journal of Political Science 1 (1968), S. 180–203, hier S. 184ff.

73 Vgl. La Palombara, Joseph/ Weiner, Myron, The Origin and Development of Political Parties, in: Dies. (Hrsg.), Political Parties and Political Development, Princeton 1966, S. 3–42.

bara/ Weiner vier Typen: 1. hegemonic-ideological; 2. hegemonic-pragmatic; 3. turnover-ideological; 4. turnover-pragmatic.⁷⁴

Die über viele Jahre dominante und stilbildende Typologie⁷⁵ Giovanni Sartoris aus dem Jahr 1976 kombiniert quantitative und qualitative Kriterien, indem sie auf der Anzahl relevanter Parteien und ihrer ideologischen Distanz zueinander (Polarisierung) aufbaut.⁷⁶ Nach der Anzahl der relevanten Parteien klassifiziert Sartori zunächst Einparteiensysteme, Hegemonialsysteme, Prädominanzsysteme, Zweiparteiensysteme, gemäßigte pluralistische Systeme (drei bis fünf Parteien), extrem pluralistische Systeme (sechs bis acht Parteien) und atomisierte Systeme (mehr als acht Parteien).⁷⁷ Danach ergänzt er die nichtkompetitiven Systeme, zu denen Einparteien- und Hegemonialsysteme gehören, um das qualitative Kriterium der ideologischen Intensität. Er erhält geordnet nach Stärke der ideologischen Intensität folgende Subtypen: a) Totalitäre Einparteiensysteme; b) Ideologische Hegemonialsysteme; c) Autoritäre Einparteiensysteme; d) Pragmatische Einparteiensysteme; e) Pragmatische Hegemonialsysteme.⁷⁸

Unter Berücksichtigung von Richtung und Charakter des Parteienwettbewerbs ergänzt Sartori die kompetitiven Systeme um das qualitative Kriterium der ideologischen Distanz. Daraufhin unterscheidet er vier Subtypen von Parteiensystemen:

1. Zweiparteiensysteme, die durch eine geringe ideologische Distanz und zentripetalen Parteienwettbewerb geprägt sind.
2. Prädominanzsysteme, bei denen innerhalb eines Mehrparteiensystems eine Partei über mehrere Legislaturperioden vorherrscht.
3. Gemäßigt pluralistische Parteiensysteme, die aus drei bis fünf Parteien bestehen, eine geringe ideologische Distanz besitzen, eine bipolare Koalitionsstruktur aufweisen und einen zentripetalen Parteienwettbewerb führen.

74 Vgl. ebd., S. 35ff.

75 Vgl. Stöss, Richard/ Haas, Melanie/ Niedermayer, Oskar, Parteiensysteme in Westeuropa: Stabilität und Wandel, in: dies. (Hrsg.), Die Parteiensysteme Westeuropas, Wiesbaden 2006, S. 7–37, hier S. 10.

76 Vgl. Sartori (1976), Parties and party systems.

77 Vgl. ebd., S. 125f.

78 Vgl. ebd., S. 222–225 bzw. 288.

4. Polarisiert pluralistische Systeme, die aus mehr als fünf Parteien bestehen, durch eine große ideologische Distanz geprägt sind und deren Parteienwettbewerb zentrifugal ausgerichtet ist.⁷⁹

Anders als in den 1970er Jahren, als die generelle Erstellung von Parteiensystemtypologien im Mittelpunkt stand, widmete sich die Parteienforschung in den 1980er Jahren zunehmend dem Problem der Zuordnung von Merkmalen zu den verschiedenen Parteiensystemtypen.⁸⁰ Klaus von Beyme trug diesem Prozess und neueren Entwicklungen Rechnung, die eine Korrektur der Zuordnungen Sartoris verlangten, und entwickelte die Typologie Sartoris fort.⁸¹ Er unterschied Mitte der 1980er Jahre folgende Subtypen und Untergruppen:

1. Zweiparteiensysteme mit alternierender Regierung
2. Gemäßigt pluralistische Systeme mit den Untergruppen:
 - a) alternierende Flügelparteien ohne Koalition
 - b) alternierende Flügelparteien mit dauerhaftem Koalitionspartner
 - c) Koalitionen der Mitte oder große Koalitionen
3. Polarisiert pluralistische Systeme mit den Untergruppen:
 - a) Fundamentaloppositionen, die die Parteien der Mitte zerreiben
 - b) Fundamentaloppositionen mit abschwächender zentrifugaler Wirkung
4. Systeme mit einer hegemonialen Partei im polarisierten Pluralismus.⁸² Bereits während der Erstellung vermutete von Beyme eine zeitlich begrenzte Gültigkeit seiner Typologie.⁸³ Mit dieser Vermutung sollte er Recht behalten, denn nicht nur seine, sondern auch alle anderen vorgestellten Klassifikationen bzw. Typologien sind nach neueren Entwicklungen mehr oder weniger überholt und eignen sich nur noch bedingt.⁸⁴ Entscheidenden Anteil hieran hatte das Ende des Ost-West-Konfliktes nach dem Fall der Berliner Mauer am 9. November 1989. In Bezug auf die in der Folgezeit einsetzende Entpolarisierung der Parteiensysteme und auf die Typologie Sartoris' äußerte Peter Mair: „*In short, if two-party systems*

79 Vgl. für diesen Abschnitt: Ebd., S. 283ff.

80 Vgl. Vatter, Kantonale Demokratien im Vergleich. Entstehungsgründe, Interaktionen und Wirkungen politischer Institutionen in den Schweizer Kantonen, Opladen 2002, S. 182.

81 Vgl. Beyme (1984), Parteien in westlichen Demokratien, S. 318.

82 Vgl. ebd., S. 320ff.

83 Vgl. ebd., S. 318.

84 Vgl. Stöss/ Haas/ Niedermayer (2006), Parteiensysteme in Westeuropa, S. 11.

in a strict sense are hard to find, and if examples of polarized pluralism are also thin on the ground, then, perforce, most systems tend to crowd into the category of moderate pluralism, which clearly reduces the discriminating power of the typology."⁸⁵ Aktuellere Versuche, Parteiensysteme zu klassifizieren bzw. zu typologisieren, erbrachten kaum neue Erkenntnisse. Zu nennen ist in diesem Zusammenhang die überarbeitete Fassung der Typologie von Beymes, die sich lediglich durch die Untertypen des gemäßigten Pluralismus sowie des polarisierten Pluralismus von seiner 1984er Version unterscheidet.⁸⁶ Gemäßigt pluralistische Parteiensysteme untergliedert von Beyme nun in Systeme mit: a) alternierender Regierung ohne Koalition; b) alternierender Regierung mit Koalition; c) Regierung durch Koalitionen der Mitte oder d) große Koalitionen. Polarisiert pluralistische Parteiensysteme untergliedert er in Systeme mit: a) Fundamentaloppositionen von rechts und links, in der die Mitte nicht mehr regierungsfähig ist und b) regierungsfähigen Mittelparteien.⁸⁷

Mit der einsetzenden Entpolitisierung der Parteiensysteme und der Zunahme der Anzahl relevanter Parteien rücken seit den 1990er Jahren erneut Parteiensystemtypologien in den Vordergrund, die auf quantitativen Kriterien wie der Anzahl der im Parlament vertretenen Parteien, ihrer relativen Größe und der Machtverteilung im System beruhen. Besonders die Typologie Blondels aus dem Jahr 1968 erlebte eine Renaissance. Sie floss u.a. in die Parteiensystemtypologien von Alan Ware (1996)⁸⁸, Alan Siaroff (2000)⁸⁹ und Oskar Niedermayer (2008)⁹⁰ ein.

Die Typologie Alan Wares basiert auf den Kriterien Anzahl der relevanten, parlamentarisch erfolgreichen Parteien, ihrer relativen Größe⁹¹ und dem Gewicht der beiden größten Parteien, welches die Machtverteilung

85 Mair, Peter, *Party System Change. Approaches and Interpretations*, Oxford 1997, S. 205f.

86 Vgl. Beyme (2000), *Parteien im Wandel*.

87 Vgl. ebd., S. 159ff.

88 Vgl. Ware, Alan, *Political Parties and Party Systems*, New York 1996.

89 Vgl. Siaroff, Alan, *Comparative European Party systems: An Analysis of Parliamentary Election since 1945*, New York 2000.

90 Vgl. Niedermayer, Oskar, *Parteiensysteme*, in: Gabriel, Oscar W./ Kropp, Sabine (Hrsg.), *Die EU-Staaten im Vergleich. Strukturen, Prozesse, Politikinhalt*, Wiesbaden 2008, S. 351–388.

91 Ware definiert eine Partei als relevant, wenn sie mehr als drei Prozent der Sitze eines Parlaments erlangt. Die relative Größe der Parteien fußt auf der Sitzanzahl im Parlament.

innerhalb des Systems widerspiegeln soll. Er untergliedert die Parteiensystemtypen:

- Hegemonialparteiensysteme, in denen zwar mehr als eine Partei existiert, aber nur eine Partei immer die gesetzgebende Gewalt innehat.
- Zweiparteiensysteme, in denen eine von zwei Parteien fast immer die absolute Mehrheit gewinnt.
- Zweieinhalbparteiensysteme, in denen oft keine Partei die absolute Mehrheit gewinnt, zwei größere Parteien zusammen über 80 Prozent Mandate erlangen und eine andere Partei ausreichend Mandate erringt, um die Machtbalance zu halten.
- Mehrparteiensysteme
 - a. mit einer großen Partei und mehreren kleineren Parteien, in denen die große Partei mindestens 45 Prozent der Mandate erlangt, aber keine absolute Mehrheit.
 - b. mit zwei großen Parteien, die zusammen mehr als 65 Prozent Mandate erhalten, wobei die übrigen Parteien weniger als 14 Prozent der Sitze gewinnen.
 - c. ausgeglichene Parteiensysteme, in denen die stärkste Partei weniger als 45 Prozent der Sitze gewinnt und die zwei stärksten Parteien zusammen weniger als 65 Prozent der Mandate erhalten.⁹²

Die Typologie Alan Siaroffs betont besonders die Größenverhältnisse der Parteien und beruht auf den Kriterien Anzahl der parlamentarisch vertretenen Parteien mit mehr als drei Prozent Sitzanteil, Machtkonzentration auf die zwei größten Parteien, Sitzverhältnis zwischen stärkster und zweitstärkster sowie zwischen zweit- und drittstärkster Partei. Siaroff unterscheidet acht Subtypen von Parteiensystemen:

1. Zweiparteiensysteme, die aus zwei bis maximal drei Parteien bestehen und in denen die beiden größten Parteien zusammen mindestens 95 Prozent der Sitze erhalten.
2. Zweieinhalbparteiensysteme, in denen die zwei größten Parteien zwischen 80 und 95 Prozent der Sitze erhalten, das Sitzverhältnis zwischen stärkster und zweitstärkster Partei unter 1,6 liegt und das zwischen zweit- und drittstärkster Partei mehr als 1,8 beträgt.
3. Moderate Mehrparteiensysteme mit einer dominanten Partei, die aus drei bis fünf Parteien bestehen und ein Sitzverhältnis zwischen stärkster und zweitstärkster Partei von mindestens 1,6 aufweisen.

92 Vgl. Ware (1996), *Political Parties*, S. 162f.

4. Moderate Mehrparteiensysteme mit zwei Hauptparteien, die aus drei bis fünf Parteien bestehen, ein Sitzverhältnis zwischen stärkster und zweitstärkster Partei von weniger als 1,6 und zwischen zweit- und drittstärkster Partei von mehr als 1,8 aufweisen.
5. Moderate Mehrparteiensysteme mit einem Gleichgewicht zwischen den Parteien, die aus drei bis fünf Parteien bestehen, ein Sitzverhältnis zwischen stärkster und zweitstärkster Partei von weniger als 1,6 und zwischen zweit- und drittstärkster Partei von weniger als 1,8 aufweisen.
6. Extreme Mehrparteiensysteme mit einer dominanten Partei, die aus mehr als fünf Parteien bestehen, und ein Sitzverhältnis zwischen stärkster und zweitstärkster Partei von mehr als 1,6 aufweisen.
7. Extreme Mehrparteiensysteme mit zwei Hauptparteien, die aus mehr als fünf Parteien bestehen, ein Sitzverhältnis zwischen stärkster und zweitstärkster Partei von weniger als 1,6 und von zweit- und drittstärkster Partei von mehr als 1,8 aufweisen.
8. Extreme Mehrparteiensysteme mit einem Gleichgewicht zwischen den Parteien, die aus mehr als fünf Parteien bestehen und ein Sitzverhältnis zwischen stärkster und zweitstärkster Partei von weniger als 1,6 und zwischen zweit- und drittstärkster Partei von weniger als 1,8 aufweisen.⁹³

Niedermayer bedient sich ähnlicher Kriterien wie Ware und Siaroff, indem er die Struktureigenschaften Format, Fragmentierung und Asymmetrie als Grundlage seiner Typologie wählt. Die genannten Struktureigenschaften operationalisiert er anhand der Größenrelationen der zwei bzw. drei größten Parteien, der jeweiligen Machtposition der Parteien im Parlament, die er am Überschreiten der absoluten Mehrheit sowie der Zweidrittelmehrheit festmacht, und des Indexes der effektiven Parteienanzahl zur Messung der Fragmentierung. Dass eine Partei wesentlich kleiner ist als eine andere, ist dann gegeben, wenn sie maximal über die Hälfte des Mandatsanteils der anderen Partei verfügt. Insgesamt charakterisiert Niedermayer vier Parteiensystemtypen:

1. Parteiensysteme mit prädominanter Partei, bei denen eine Partei über die absolute Parlamentsmehrheit verfügt und die nächst kleinere lediglich ein Viertel der Mandate hält und bestenfalls auf die Hälfte des Mandatsanteils der prädominanten Partei kommt.

93 Vgl. Siaroff (2000), *Political Parties*, S. 69ff.

2. Parteiensysteme mit Zweiparteiendominanz, bei denen die beiden Großparteien über mehr als ein Viertel und zusammen über zwei Drittel der Mandate verfügen und die nächst kleinere Partei höchstens die Hälfte der kleineren Großpartei erreicht.
3. Pluralistische Parteiensysteme, die eine effektive Parteienanzahl von maximal fünf aufweisen und keinem der ersten beiden Typen zuzuordnen sind.
4. Hoch fragmentierte Parteiensysteme, die eine effektive Parteienanzahl von mehr als fünf aufweisen.⁹⁴

Gegenüber der Bestimmung von Parteiensystemen anhand von Klassifikationen und Typologien bietet die Analyse mittels Parteiensystemeigenschaften eine Alternative. Parteiensystemeigenschaften werden aus den Beziehungsstrukturen der Parteien innerhalb eines Parteiensystems hergeleitet und gelten als relationale Größen aus den zwischenparteilich relevanten Eigenschaften.⁹⁵ Auch zu dieser Analysemethode finden sich in der Literatur zahlreiche Arbeiten und Ansätze, wobei kein einheitliches Analyseraster besteht. Bis heute gibt es weder Einigkeit darüber, welche und wie viele Eigenschaften in eine Analyse miteinbezogen werden sollen, noch wie diese zu operationalisieren sind.⁹⁶

Für Jan-Erik Lane und Svante O. Ersson endet – bezogen auf die Bestandteile von Parteiensystemen – die Einigkeit der Wissenschaftler an dem Punkt, an dem sie einen einheitlichen Satz von Eigenschaften identifizieren müssen. Sie sehen sogar ein konzeptionelles Problem der Parteiensystemforschung in der ungeklärten Frage, welche Eigenschaften relevant und bedeutsam sind.⁹⁷ Aufgrund eines fehlenden, einheitlichen Eigenschaftskatalogs orientieren sich Lane/Ersson in ihrer Studie an der Relevanz der Eigenschaften für die Parteiensysteme Westeuropas.

Da sie die Vielfalt der westeuropäischen Parteiensysteme bestmöglich darstellen wollen, wählen sie die vergleichsweise große Anzahl von 15 Indikatoren, die sie verschiedenen Kategorien zuordnen. Nach Nennung des

94 Vgl. Niedermayer (2008), Parteiensysteme, S. 360.

95 Vgl. Niedermayer, Oskar, Zur systematischen Analyse der Entwicklung von Parteiensystemen, in: Gabriel, Oscar W./ Falter, Jürgen W., Wahlen und politische Einstellungen in westlichen Demokratien, Frankfurt a. M. 1996b, S. 19–49, hier S. 20.

96 Vgl. Niedermayer (2008), Parteiensysteme, S. 352.

97 Vgl. Lane, Jan-Erik/ Ersson, Svante O., *Politics and Society in western Europe*, 3rd Edition, London/ Thousand Oaks/ New Delhi 1994, S. 175.

einfachen Indikators Wahlbeteiligung ordnen sie der Kategorie „Anzahl der Parteien und deren Stärke“ die Indikatoren Stärke der größten Partei, Anzahl der Parteien im Parlament, Zahl der Parteien nach Rose/Mackie (1988), Fraktionalisierungsindex (Rae 1967), Index der effektiven Parteienanzahl (Laakso/Taagepera 1979) und Aggregationsindex (Mayer 1980)⁹⁸ zu. Die nächste Kategorie gibt die ideologische Distanz des Parteiensystems auf der Rechts-Links-Skala wieder. Sie umfasst den „Left-right score“ und den Polarisierungsindex (Tayler/Herman 1971/Sigelman/Yough 1978). Die Kategorie der „sozialen Orientierung des Parteiensystems“ basiert auf den sozialen Konfliktlinien nach Lipset/Rokkan und misst die Stärke der einzelnen Parteifamilien. Zu ihr gehören die Indikatoren Stärke der sozialistischen Parteien, Stärke von Parteien links der sozialistischen Parteien, Stärke von agrarischen, ethnischen und religiösen Parteien, Stärke von Klassenparteien (sozialistische Parteien und Parteien links der sozialistischen Parteien) und Stärke der nicht-strukturellen Parteien (Differenz zwischen 100 Prozent und der Stärke der sozialistischen sowie agrarischen, ethnischen und religiösen Parteien). Die letzte Kategorie misst die Dynamik des Parteiensystems und wird durch die Volatilität bestimmt.⁹⁹ Dass die von ihnen gewählte Vielfalt an Indikatoren nicht nur Vorteile bringt, beschreiben Lane/Ersson ebenfalls. Das Hauptproblem liegt aus ihrer Sicht in den geringen Wechselbeziehungen der einzelnen Indikatoren. So kann es passieren, dass Indikatoren der gleichen Kategorie zu unterschiedlichen Ergebnissen führen. Ein anderes Problem ist der geringe Mehrwert einzelner Indikatoren, da sie ähnlich erhoben werden.¹⁰⁰

Gordon Smith bezieht sich in seinem Aufsatz über den Wandel von Parteiensystemen auf Lane/Ersson. Er adaptiert allerdings nicht alle Indikatoren, sondern übernimmt lediglich die Kategorien bzw. Eigenschaften Anzahl und relative Größe der Parteien, ideologische Distanz zwischen den Parteien (Polarisierung), Bewegungen in der elektoralen Unterstützung der Parteien (Volatilität) und Auswirkungen der Cleavage-Struktur. Des Weiteren ergänzt er seinen Merkmalskatalog um die Eigenschaften Wechselspiel zwischen Regierung und Opposition und institutionelle Umgebung

98 Der Aggregationsindex errechnet sich, indem der Anteil der stärksten Partei durch die Gesamtanzahl der Parteien dividiert wird.

99 Vgl. Lane/ Ersson (1994), *Politics and Society*, S. 177ff.

100 Vgl. ebd., S. 180f.